

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Franz-Xaver Kaufmann
Globalisierung und Gesellschaft

Thomas Bulmahn
Plurale Vorsorge
Die Zukunft der sozialen Sicherheit

Thomas Gensicke
Sind die Deutschen reformscheu?
Potentiale der Eigenverantwortung in Deutschland

B 18/98
24. April 1998

Franz-Xaver Kaufmann, Dr. oec., Dr. theol. h. c., Dr. oec. h. c., geb. 1932; Professor emeritus für Sozialpolitik und Soziologie an der Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie.

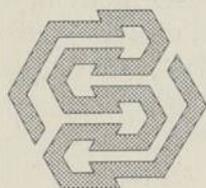
Jüngste monographische Veröffentlichungen: Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen, München 1995; Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt am Main 1998².

Thomas Bulmahn, Dipl.-Soziologe, geb. 1965; 1990 bis 1995 Studium der Soziologie und der Wirtschaftswissenschaften in Berlin; seit 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung.

Veröffentlichungen u. a.: Sozialstruktureller Wandel: Soziale Lagen, Erwerbsstatus, Ungleichheit und Mobilität, in: Wolfgang Zapf/Roland Habich (Hrsg.), Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel, Lebensqualität, Berlin 1996; (zus. mit Steffen Mau) Zufriedenheiten und Zukunftserwartungen: Tendenz fallend. Vom Wohlstandsklima der 80er Jahre zum Problemklima der 90er Jahre, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), (Juli 1996) 16; Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/97.

Thomas Gensicke, geb. 1962; 1984–1989 Studium der Philosophie in Leipzig; 1990–1991 Mitarbeiter am Berliner Institut für sozialwissenschaftliche Studien (BISS); seit Oktober 1991 Forschungsreferent am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Lehrstuhl Prof. Dr. Helmut Klages); Bearbeitung des Rahmenprojektes „Wertewandel in Deutschland“.

Veröffentlichungen u. a.: Deutschland am Ende der Neunziger – Folgen der Wiedervereinigung und Globalisierung, in: Deutschland Archiv, 31 (1998) 1; (zus. mit Helmut Klages), Bürgerschaftliches Engagement im Ost-West-Vergleich, in: Heiner Meulemann (Hrsg.), Die Innere Mauer – eine Herausforderung an den Wertewandels-Forschung nach der deutschen Wiedervereinigung, Opladen 1998 (i. E.).



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Globalisierung und Gesellschaft

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der Globalisierung“, so möchte man 150 Jahre nach dem „Kommunistischen Manifest“ reformulieren. Und die Vorstellung eines Gespenstes erscheint hier noch treffender als damals: Denn aus dem von Karl Marx und Friedrich Engels anvisierten „Bund der Kommunisten“ wurde in der Tat eine soziale Bewegung von Menschen aus Fleisch und Blut, mit denen sich die Staatspolizei herumschlagen konnte. Was die Globalisierung in Bewegung setzt, bleibt dagegen anonym, ja findet in solcher Anonymität seinen charakteristischen Ausdruck: Die telekommunikative Vernetzung bildet die wirksamste Infrastruktur der Globalisierung, die man sich am besten als ununterbrochenen Informationsstrom vorstellen kann: Nachrichten, Bilder und Geldbeträge bewegen sich in einem virtuellen Raum und zeitigen Wirkungen da und dort – im realen Raum! Zeitunterschiede sind weitgehend aufgehoben. Was sich ereignet, geschieht nicht mehr allein in New York, Johannesburg, Taschkent oder Sindelfingen, sondern es wird zum Weltereignis, sofern es nur die Schwellen des Informationsmanagements zu überwinden vermag.

Der Titel „Globalisierung und Gesellschaft“ enthält bereits von der Wortbedeutung her die latente Spannung zwischen Dynamik und Statik; der Prozeßbegriff Globalisierung stellt den Zustandsbegriff Gesellschaft in Frage. Und diese semantische Spannung ist auch für die zu besprechenden Sachverhalte durchaus problemaufschließend. Denn die nationalstaatlich verfaßte Gesellschaft erscheint noch immer als unreflektierter Prototyp moderner Gesellschaften. Eben sie wird jedoch durch die Prozesse, welche heute mit dem Wort Globalisierung assoziiert werden, als Sinn und Gemeinschaft stiftender Horizont gesprengt.

I. „Gesellschaft“

Der Gesellschaftsbegriff hat eine weit zurückreichende Geschichte und geht im wesentlichen auf Aristoteles' Begriff der „Politischen Gemeinschaft“ (*koinonia politiké*) zurück. Die antike Polis blieb das Leitbild der politischen Theorie bis in die Neuzeit und wurde dann vom Nationalstaat abgelöst. Beiden Leitbildern ist die Vorstellung

der „Selbstgenügsamkeit“ (Autarkie) gemeinsam, und eben diese wird durch die Globalisierung radikal in Frage gestellt.

Für die Soziologie scheint „Gesellschaft“ zu einer Grundkategorie geworden zu sein, und auch der allgemeine Sprachgebrauch hat sich dem angepaßt. Friedrich Heinrich Tenbruck sprach gar von der „Geburt der Gesellschaft aus dem Geist der Soziologie“¹. Richtiger ist es wohl, von einer Wechselwirkung zwischen den gesellschaftlichen und den soziologischen Problemstellungen auszugehen. Das wird an den Unterschieden des Gesellschaftsbegriffs in der deutschen und in der französischen Soziologie besonders deutlich.

Im *deutschen* Sprachraum ist der Gesellschaftsbegriff als *Differenzbegriff zum Staate* wirksam geworden. Auslösend wurde die Unterscheidung von ‚Staat‘ und ‚bürgerlicher Gesellschaft‘ in der Rechtsphilosophie Hegels (1821). Hegel reflektierte als erster die Freisetzung des Bürgers von der staatlichen Vormundschaft durch die Französische Revolution und die napoleonische Zivilgesetzgebung; er bezeichnete den damals neu entstehenden Freiraum zwischen dem Staate und der familiären Hausgemeinschaft als „bürgerliche Gesellschaft“, in der jeder frei sei, seinen eigenen individuellen Interessen zu folgen². Solch bürgerliche Gesellschaft zuerst in Preußen zu ermöglichen war ein Ziel der Stein-Hardenbergschen Reformen – Fortsetzung der Reformen des konservativen Reichsfreiherrn Karl vom und zum Stein durch Freiherr Karl August Hardenberg mit dem Ziel, den preußischen Staat vom aufgeklärten Absolutismus zum Liberalismus zu führen –, die der Hegelschen Rechtsphilosophie zeitlich unmittelbar vorangingen.

Trotz mancherlei Unterschieden in der Verwendung des Gesellschaftsbegriffs in der deutschen ‚Socialwissenschaft‘ des 19. Jahrhunderts findet sich durchgängig eine Differenz zum Staate, und es fehlt eine Staat und Gesellschaft übergeordnete Bezeichnung. Vielmehr erscheint der Staat als die einheitsbildende politische und sittliche Kraft,

1 Friedrich Heinrich Tenbruck, Emile Durkheim oder die Geburt der Gesellschaft aus dem Geist der Soziologie, in: Zeitschrift für Soziologie, 10 (1981) 4, S. 330–350.

2 Vgl. Manfred Riedel, Der Begriff der ‚Bürgerlichen Gesellschaft‘ und das Problem seines geschichtlichen Ursprungs, in: ders., Studien zu Hegels Rechtsphilosophie, Frankfurt am Main 1969, S. 135–166.

dem die Gesellschaft in der Vielfalt ihrer Interessen gegenübersteht.

In der *französischen* Soziologie dagegen wurde der Gesellschaftsbegriff seit Auguste Comte und erst recht bei Émile Durkheim mit moralischen, um nicht zu sagen religiösen Qualitäten und *mit Einheitserwartungen* befrachtet. Auch dies stand in unmittelbarem Zusammenhang mit den politischen Erfahrungen: Absolutismus, Revolutionen und wiederholte Regimewechsel sowie die tiefe politische Spaltung des französischen Volkes ließen im nachrevolutionären Frankreich die Vorstellung einer primär politischen Herstellung des ‚sozialen Bandes‘ gar nicht aufkommen. Dieses mußte vielmehr auf moralischen und damit kulturellen Voraussetzungen beruhen. In diesem Sinne wurde die Gesellschaft zur einigenden, quasi religiösen Kraft hypostasiert, welche *über* den Individuen und ihren Interessen stehe³.

Im *angelsächsischen* Raum blieb die aristotelische Vorstellung einer Einheit des politischen und sozialen Raumes am ungebrochensten erhalten, was sich dort in einer schwachen Ausbildung des Staatskonzeptes manifestierte. Die Beziehungen der Menschen untereinander wurden vor allem utilitaristisch gedeutet, und die politische Gewalt demzufolge vertragstheoretisch begründet. Trotz der liberalen Betonung des Freihandels orientierte sich der Gesellschaftsbegriff weiterhin am Merkmal der *Autarkie*, so insbesondere im amerikanischen Struktur-Funktionalismus: Gesellschaft ist diejenige soziale Einheit, welche all ihre Funktionen aus sich selbst heraus zu erfüllen vermag.

Jede dieser drei Denktraditionen betonte somit ein anderes Moment dessen, was für den heute gängigen Gesellschaftsbegriff charakteristisch ist: die politische Konstituierung der gesellschaftlichen Einheit im deutschen Falle, die kulturell-moralische Konstituierung im französischen Falle und das Merkmal der Selbstgenügsamkeit und Unabhängigkeit von anderen sozialen Einheiten im angelsächsischen Falle. Charakteristischerweise verbinden sich diese drei Vorstellungen im *Programm des Nationalstaates*: Er wird verstanden als die politische Einheit eines durch kulturelle und moralische Bande verbundenen ‚Volkes‘, das seine Unabhängigkeit in der *Form des souveränen Staates* behauptet. Der Nationalstaat und die Nationalgesellschaft weisen dem Begriff nach dieselben Grenzen auf. Und es gehört zur Souveränitätsvorstellung dieses Staates, seine Grenzen zu behaupten

3 Vgl. Horst Firsching, Die Sakralisierung der Gesellschaft. Émile Durkheims Soziologie der ‚Moral‘ und der ‚Religion‘ in der ideenpolitischen Auseinandersetzung der Dritten Republik, in: Volkhard Krech/Hartmann Tyrell (Hrsg.), Religionssoziologie um 1900, Würzburg 1995, S. 159–193.

ten und alle grenzüberschreitenden Transaktionen zu kontrollieren. Die politischen Grenzen werden zum Horizont der Gesellschaft.

Unter der Voraussetzung einer territorialen und personellen Identität von ‚Staat‘ und ‚Zivilgesellschaft‘ erscheint auch die Demokratisierung des Staatskonzeptes unproblematisch, ja geradezu konsequent; denn die demokratische Partizipation am politischen Gemeinwesen verkörpert die Einheit von Staat und Gesellschaft, ohne ihre Differenz aufzuheben.

II. Die Entstehung von Nationalgesellschaften

Die uns heute selbstverständlichen europäischen Nationalstaaten sind ein vergleichsweise junges Ergebnis der europäischen Geschichte und zumeist in recht konfliktreichen Prozessen entstanden. Zwischen 1500 und 1900 hat sich die Zahl der selbständigen politischen Einheiten in Europa von rund 500 auf 25 reduziert⁴, und diese politischen ‚Vereinnahmungen‘ waren nur ausnahmsweise das Ergebnis freiwilliger Zusammenschlüsse, sondern weit häufiger von Kriegen und den daran anschließenden Friedensschlüssen unter den bereits dominierenden Mächten.

Es gehört zu den optischen Täuschungen unserer Zeit, daß wir uns vergangene Epochen als weitgehend statisch vorstellen. Das trifft zwar für deren kulturelle Selbstdeutungen zu, welche stets die Würde des Althergebrachten und die Dauerhaftigkeit der Traditionen beschworen. Aber in Wirklichkeit befand sich Europa seit dem Hochmittelalter in fortgesetzter Entwicklung. Diese Dynamik beschränkte sich jedoch zunächst im wesentlichen auf die Städte und die zwischen ihnen sich verdichtenden Beziehungen auf den Gebieten des Handels und des Geistes. Neben der Intensivierung von Handel und Verkehr kam in diesem Zusammenhang vor allem der Erfindung des Buchdrucks und der dadurch erleichterten Verbreitung von Ideen auslösende Bedeutung für die weitere Entwicklung zu.

Halten wir hinsichtlich dieser ökonomischen und kulturellen Faktoren fest, *daß sie keineswegs auf die Entstehung einer trennenden Struktur von Nationalstaaten zielten*: Die von der hochmittelalterlichen Scholastik ausgehende geistige Bewegung war tendenziell universalistisch, wie das Chri-

4 Vgl. Charles Tilly, Reflections on the History of European State-Making, in: ders. (Hrsg.), The Formation of National States in Western Europe, Princeton, N. J. 1975, S. 15.

stentum, und staatskritisch, da sie im Kampf zwischen geistlicher und weltlicher Gewalt auf der Seite der Kirche stand. Von ihr führt ein direkter Weg zu den natur- und menschenrechtlichen Doktrinen der Aufklärung, welche ebenfalls universalistisch dachte. Auch der Calvinismus blieb überwiegend staatskritisch, förderte er doch die Idee der Volkssouveränität. Daß Handel und Verkehr in den politischen Grenzen eine unerwünschte Beeinträchtigung sahen, galt schon, bevor Adam Smith die immanente Rationalität des Freihandels begründete. Die Entstehung der Nationalstaaten vollzog sich somit sozusagen „gegen den Wind“ liberaler und universalistischer Tendenzen und bleibt erklärungsbedürftig.

In der hier gebotenen Vereinfachung können wir zwei konvergierende Teilprozesse unterscheiden, die in nahezu allen Fällen eine erhebliche Rolle gespielt haben: die Entwicklung eines modernen Staatswesens und die Entfaltung eines ‚nationalen‘ Kollektivbewußtseins.

Die *Entwicklung des modernen Staates* vollzog sich als Entmachtung der seit dem 13. Jahrhundert aufstrebenden Stände (Klerus, Adel, Städte) durch die Konzentration der militärischen Machtmittel, durch Zusammenlegen der beherrschten Territorien, durch die Vereinheitlichung der Rechtsordnung und durch die Schaffung eines vom Privathaushalt des Fürsten unabhängigen Finanzwesens sowie eines sich seiner Willkür zunehmend entziehenden Beamtenstandes. Wirtschaftspolitisch bedeutungsvoll wurde die Abschaffung der inneren Zölle und damit die Herstellung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes. So gab es Ende des 18. Jahrhunderts auf dem Gebiet des Deutschen Reiches zirka 1 800 Zollgebiete, allein innerhalb Preußens 67. Das preußische Zollgesetz von 1818 schaffte diese Binnenzölle ab und ersetzte sie durch einheitliche Grenzzölle. Der 1833 geschaffene Deutsche Zollverein schloß dann die meisten deutschen Länder (unter Ausschluß Österreichs!) zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammen. Auch wenn die Entwicklung zunächst – von wenigen Ausnahmen wie den Niederlanden und England abgesehen – auf eine unbeschränkte (‚absolutistische‘) Fürstenherrschaft hinlief, gelang die angestrebte Vereinheitlichung der staatlichen Ordnung doch erst mit dem Übergang zum Verfassungsstaat und der damit verbundenen Einschränkung staatlicher Kompetenzen bzw. der Freisetzung der „bürgerlichen Gesellschaft“. Die staatliche Vereinheitlichung der Rechtsordnung und der Abbau aller Privilegien wurden nur um den Preis einer Selbstbegrenzung des staatlichen Gestaltungsanspruchs politisch durchsetzbar⁵.

5 Zu den hier nicht im einzelnen nachzuzeichnenden Pha-

Nicht weniger einflußreich und umstritten verlief zumeist die *Formierung eines gemeinsamen Nationalbewußtseins*. Die sozialen Identifikationen der Bevölkerung richteten sich bis dahin im wesentlichen auf den unmittelbar erfahrbaren Raum und nicht auf die abstrakte Ebene des immer größer werdenden staatlichen Gemeinwesens. Die Nation als „vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän“⁶ – ist eine ‚Erfindung‘ des 18. und 19. Jahrhunderts, welche von meist bürgerlichen Publizisten propagiert wurde. In den meisten Ländern wurde das Bürgertum zum Träger der nationalen Bewegung, welche sich gleichermaßen gegen den Adel und die katholische Kirche richtete. In Deutschland hat auch die lutherische Anerkennung des Fürsten als Kirchenoberhaupt zur kulturellen Stabilisierung des Staates beigetragen. Wichtigste Voraussetzung des entstehenden Nationalbewußtseins war eine gemeinsame Sprache. Die Hochsprache hat sich bereits in der frühen Neuzeit zunächst meist als Verwaltungssprache sowie in der Form von Bibelübersetzungen etabliert, denen im protestantischen Gottesdienst zentrale Bedeutung zukam. Eine weitere Voraussetzung war die Verbreitung der Fähigkeit zu lesen und das Entstehen einer publizistischen Öffentlichkeit. Als institutionelle Voraussetzung sind in diesem Zusammenhang das Schul- und das Postwesen zu erwähnen, welche von den Staaten selbst gefördert wurden.

In der Fachliteratur zum Thema Nation und Nationalismus wird die Priorität des Staates vor der Nation betont, das Gemeinschaftsbewußtsein werde durch „social-engineering“, also insbesondere durch das Militär als „Schule der Nation“ und durch das Bildungswesen geschaffen⁷. Demgegenüber ist auf die staatsbildende Bedeutung der nationalen Bewegung im Falle Italiens, der Schweiz und Deutschlands hinzuweisen. Die Staatsentwicklung und die Entwicklung eines Nationalbewußtseins haben somit unterschiedliche Ausgangskonstellationen, konvergieren jedoch in ihrer Wirkung, der Hervorbringung einer kulturell und rechtlich vereinheitlichten, durch eine kollektive, politisch repräsentierte Identität gekennzeichneten „Gesellschaft“.

Von da an vollzog sich die Geschichte als Nationalgeschichte, wurde die ihrem Ansatz nach kos-

sen der Staatsentwicklung vgl. Franz-Xaver Kaufmann, Diskurse über Staatsaufgaben, in: Dieter Grimm (Hrsg.), Staatsaufgaben, Baden-Baden 1994 (TB Frankfurt am Main 1996), S. 15–41.

6 So die Definition von Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt am Main 1993², S. 15.

7 So etwa Eric J. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, München 1996, S. 21 f.

mopolitische Ökonomie zur Nationalökonomie, und es entwickelten sich auch nationale Wissenskulturen. Der Nationalstaat verdrängte den tendenziellen Universalismus und Kosmopolitismus der Aufklärung. Die Beziehungen zwischen den Staaten wurden nunmehr völkerrechtlich konstruiert und damit inter-,national'.

Die enge Verknüpfung von Staat und Volk als ‚Nation‘ wurde durch die seit Mitte des 19. Jahrhunderts fortschreitende *Demokratisierung* wesentlich gestärkt, und im 20. Jahrhundert, insbesondere seit dem Zweiten Weltkrieg, hat die sozial- oder *wohlfahrtsstaatliche Entwicklung* zur Legitimierung des Nationalstaates nachhaltig beigetragen. Die Demokratisierung schuf die Rolle des Staatsbürgers, die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung diejenige des Sozialbürgers. In beiden Rollen erfährt sich das Individuum nunmehr als in eine gesellschaftliche Solidarität eingebunden, welche staatlich konstituiert ist.

III. „Globalisierung“

Globalisierung hat offensichtlich mit der Überwindung der Grenzen nationalstaatlicher Gesellschaften zu tun, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Dabei empfiehlt es sich, zunächst drei grundsätzlich verschiedene Prozeßarten zu unterscheiden: Internationalisierung, Globalisierung und Transnationalisierung⁸.

a) Mit *Internationalisierung* sollen diejenigen Prozesse bezeichnet werden, welche die trennende Bedeutung der Grenzen aushöhlen und die Bedeutung grenzüberschreitender Transaktionen für eine Nationalgesellschaft erhöhen. So internationalisiert sich die Wirtschaft nach Maßgabe des Anteils der Importe und Exporte; die Bevölkerung internationalisiert sich mit wachsendem Ausländeranteil; die Wissenschaft internationalisiert sich, wo das Gewicht ausländischer Experten für die nationale Reputation der Wissenschaftler zunimmt; die öffentliche Meinung internationalisiert sich, je mehr ausländische Radio- und Fernsehprogramme empfangen werden können.

b) *Globalisierung* bedeutet die Entstehung weltweiter Kommunikation und die Intensivierung weltregionsübergreifender Austauschbeziehungen. Dank technischer Fortschritte, internationaler Abkommen und politischer Liberalisierungen führt die weltweite Vernetzung von Informations- und Verkehrsmitteln zu einem Schrumpfen der

Übermittlungszeiten und zum Bedeutungsverlust räumlicher Distanzen, so daß immer mehr Ereignisse weltweit gleichzeitig wahrgenommen und mit immer kürzeren Verzögerungen an unterschiedlichen Orten der Welt wirksam werden können. Daraus resultieren weltweite Konfliktlagen wie Umweltprobleme, Menschenrechtskonflikte und Konfrontationen von Reichtum und Armut, für deren Bearbeitung geeignete Verfahren noch weitgehend fehlen.

c) Von *Transnationalisierung* schließlich ist dort zu sprechen, wo Institutionengefüge und kollektive Akteure entstehen, die die nationalstaatlichen Rechtsordnungen übergreifen. Hierzu gehören zum einen völkerrechtliche Verträge, welche einen teilweisen Souveränitätsverzicht beinhalten, so insbesondere die Einbindung in multilaterale Bündnisse wie die NATO oder die Europäische Union. Transnational werden andererseits auch Wirtschaftsunternehmen, die sich eine von bestimmten nationalen Standorten weitgehend unabhängige Ordnung und Struktur gegeben haben und als „globale Spieler“ für jede ihrer Aktivitäten nach dem jeweils günstigsten Wirt suchen: zum Beispiel Produktion in Indien, Verkauf in Deutschland und Versteuerung auf den Virgin Islands. Von größter politischer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Verwandlung von Großbanken und Versicherungsgesellschaften in transnationale Finanz- und Devisenmakler und damit verbunden die Entstehung weltweit operierender Finanzmärkte (vgl. Kapitel IV). Es entstehen aber auch transnationale Verbände (sogenannte Nicht-Regierungs-Organisationen – NGOs) und nicht zuletzt transnationale Netzwerke von Migranten, deren Wirkungen noch weitgehend unerforscht sind⁹.

Betrachten wir diese Entwicklungstendenzen im historischen Zusammenhang, so zeigt sich, daß jede für sich genommen in einer *historischen Kontinuität steht*. Seit dem Hochmittelalter können wir die Entstehung und allmähliche Verdichtung überregionaler Verkehrsnetze beobachten, wobei sich die Transportmittel allmählich beschleunigen, zuverlässiger werden und immer größere Menschen- und Gütermengen zu bewegen vermögen. Die jüngsten Entwicklungen einer grundsätzlich multimedialen Vernetzung der Welt und der Ausbau der Kapazitäten der Informationsvermittlung stellen ebenso wie die Verdichtung der Verkehrs- und Transportnetze nichts grundsätzlich Neues, sondern lediglich eine Beschleunigung und Intensivierung der seit Jahrhunderten zu beobachtenden

8 Vgl. Franz-Xaver Kaufmann, Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt am Main 1997, S. 118 ff.

9 Vgl. Christina Blanc-Szanton, Transnationalismus: Ein neuer analytischer Rahmen zum Verständnis von Migration, in: Heinz Kleger (Hrsg.), Transnationale Staatsbürgerschaft, Frankfurt am Main – New York 1997, S. 81–107.

Trends dar. Dennoch schlägt hier Quantität insofern in Qualität um, als dadurch der Anteil grenzüberschreitender Transaktionen überproportional gesteigert werden kann, was eine Vorbedingung zunehmender Internationalisierung ist.

Die wachsende Internationalisierung betrifft nicht die Gesellschaft als Ganzes, sondern im wesentlichen bestimmte Teilbereiche. Sehr unterschiedlich ausgeprägt sind die Migrationsströme, von denen Deutschland besonders betroffen ist. Weltweit überproportional zugenommen hat in den letzten Jahrzehnten der internationale Warenaustausch, doch erreichte der Anteil des Außenhandels im Verhältnis zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung vor dem Ersten Weltkrieg in vielen Ländern bereits ähnliche Größenordnungen. Das Ausmaß des internationalen Handels ist eng mit dem herrschenden Währungssystem verbunden. Zur Zeit des internationalen Goldstandards (1885–1914) war die Konvertibilität der Währungen mindestens ebenso gut gesichert wie heute. Auch der wissenschaftliche Austausch war um die Jahrhundertwende bereits lebhaft. Nur in der Epoche zwischen den beiden Weltkriegen erwiesen sich die nationalen Grenzen als radikale Interdependenzunterbrecher.

Neuartig erscheint dagegen auf den ersten Blick das Entstehen transnationaler kollektiver Akteure. In der Tat konnte der souveräne Nationalstaat keine Macht über sich anerkennen, daher die fortgesetzten Spannungen zum ersten transnationalen Akteur, der katholischen Kirche. Völkerrechtliche Verträge führten stets nur zu spezifischen Verpflichtungen. Gebilde wie die Europäische Union oder auch die NATO sind mit dem herkömmlichen Souveränitätsverständnis nicht vereinbar. Verbandsmäßige Zusammenschlüsse von Staaten stellen jedoch keinen grundsätzlich anderen Vorgang dar, als er auch im Rahmen der nationalstaatlichen Zusammenschlüsse Italiens, der Schweiz oder Deutschlands zu beobachten war. Die europäische Integration kann daher sowohl als Ausdruck transnationaler Entwicklungen als auch als Versuch einer politisch-sozialen Reintegration auf europäischer Ebene verstanden werden.

IV. Gehen wir einer transnationalen Dominanz des Geldes entgegen?

Tatsächlich neu ist hingegen der Autonomiegewinn der Geld- und Finanzwirtschaft, welche sich zunehmend nicht nur der staatlichen Kontrolle und Besteuerung entzieht, sondern über die inter-

nationalen Finanz- und Devisenmärkte geradezu selbst zur Kontrollinstanz staatlicher Wirtschaftspolitik wird. Dies bedarf einer verdeutlichenden Darstellung.

Daß „Geld die Welt regiert“, ist eine alte Volksweisheit, die jedoch bis dato keine wissenschaftliche Dignität beanspruchen konnte. Zwar hatte schon die marxistische Gesellschaftsanalyse die „Herrschaft des Kapitals“ zu belegen versucht, doch ist die marxistische Unterschätzung des „bürgerlichen Staates“ für das Jahrhundert zwischen 1870 und 1970 notorisch. Die Demokratisierung des Staates und der ihr bald vorausgehende, bald nachfolgende Ausbau von sozialen Schutz- und Sicherungssystemen wie auch nach dem Zweiten Weltkrieg die staatliche Beschäftigungspolitik vermochten die Folgen der wirtschaftlichen Konkurrenz zu dämpfen, ohne diese aufzuheben. Die führenden europäischen Nationalstaaten erwiesen sich nun als stark genug, um durch eine autonome Währungs- und Finanzpolitik innerhalb ihrer Grenzen annähernde wirtschaftliche und soziale Gleichgewichte aufrechtzuerhalten. Tonangebend waren in den meisten Staaten christlich-demokratische und/oder sozialdemokratische Parteien, welche nach dem Motto „Weder Kapitalismus noch Sozialismus“ nach einem dritten, zumeist als *wohlfahrtsstaatlich* bezeichneten Weg suchten, der auch basalen moralischen Ansprüchen entsprechen sollte.

Unter Außerachtlassung durchaus vorhandener nationaler Unterschiede läßt sich das „wohlfahrtsstaatliche Arrangement“ wie folgt typisieren: In der *Produktionssphäre* bleiben das Privateigentum und die unternehmerische Dispositionsfreiheit grundsätzlich gewahrt; beide werden allerdings einschränkenden Bedingungen unterworfen, um die Machtdifferenz zwischen den Unternehmern und ihren Arbeitskräften zu relativieren und um unerwünschte Effekte, das heißt außerhalb der Kostenrechnungen der Betriebe anfallende „soziale Kosten“, zu reduzieren. In der *Verteilungssphäre* wird die nach marktwirtschaftlichen Prinzipien ausschließlich am Entgelt für Produktionsfaktoren orientierte primäre Einkommensverteilung durch eine staatlich organisierte sekundäre Einkommensverteilung korrigiert, welche auch den nichterwerbstätigen und unvermögenden Bevölkerungsgruppen (Alte, Behinderte, Kinder, Arbeitslose) ein Einkommen sichert. In der *Reproduktionssphäre* werden die Leistungen der privaten Haushalte durch öffentlich subventionierte oder voll finanzierte Dienstleistungen des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens ergänzt und unterstützt. Das wohlfahrtsstaatliche Arrangement beruht somit auf einem autonomen, das heißt wirtschafts- und sozialpolitisch steuerungs-

fähigen Staat, einer funktionierenden Marktwirtschaft und einem ausgebauten Sozialsektor, der die Wohlfahrtsproduktion der Privathaushalte ergänzt und unterstützt¹⁰.

Die wachsende Anteile des Volkseinkommens absorbierende wohlfahrtsstaatliche Entwicklung vollzog sich im wesentlichen in einer historisch einmaligen langfristigen Wachstumsphase der europäischen Volkswirtschaften, welche durch die Überbewertung des Dollars im Währungssystem von Bretton Woods (1948) und damit verbunden durch *außergewöhnlich günstige internationale Austauschverhältnisse* stabilisiert wurde. Zwei zeitlich nahe beieinander liegende Ereignisse haben diese Konstellation aufgelöst: die Kündigung der Goldbindung des Dollars durch die USA (1971) und die massive Erhöhung der internationalen Ölpreise durch das Kartell der erdölproduzierenden Staaten (1973). Seither bestimmt sich der relative Wert der nationalen Währungen durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf den Devisenmärkten, es gibt keine dem Goldpreis vergleichbare gemeinsame Basis mehr. Die Ölpreiserhöhungen verschlechterten die internationalen Austauschverhältnisse für die auf Ölimport angewiesenen Staaten direkt; gleichzeitig erwirtschafteten die ölproduzierenden Länder Zahlungsbilanzüberschüsse in Milliardenhöhe, welche deren Eliten im eigenen Land nicht investieren konnten oder wollten. So wurden die „Petrodollars“ das erste Beispiel transnationaler ‚vagabundierender‘ Finanzkapitale, die in größerem Umfang zu Währungsspekulationen eingesetzt werden.

Bekanntlich steigt in Europa seit 1974 die Arbeitslosigkeit trendmäßig mit jedem neuen Konjunkturzyklus an, und ein Ende ist nicht abzusehen. Über die Ursachen und erst recht über mögliche Therapien sind die Gelehrten wie auch die Politiker tief zerstritten. Offensichtlich ist nur, daß die Beschäftigungslosigkeit in der Regel nicht die gut qualifizierten und hochbezahlten Arbeitskräfte trifft, sondern die weniger Produktiven oder Anpassungsfähigen, deren Anteil an der Erwerbsbevölkerung sowohl aus Gründen der Produktivitätsentwicklung wie auch aus demographischen Gründen zunimmt. Der Anteil der zu Marktbedingungen langfristig Beschäftigten geht zurück, und der Anteil der unter instabilen Beschäftigungsverhältnissen Lebenden wie auch derjenige der völlig von Sozialleistungen Abhängigen nimmt zu. Das verschärft die innerstaatlichen Verteilungskonflikte.

Diese durch die Internationalisierung der Gütermärkte wie auch durch tarifpolitische Starrheiten

¹⁰ Vgl. F.-X. Kaufmann (Anm. 8), S. 27 ff.

und die Veränderung der privaten Lebensformen induzierten Beschäftigungs- und Verteilungsprobleme würden die europäischen Nationalgesellschaften auch dann unter Druck setzen, wenn es keine globalen Finanzmärkte gäbe. Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs in Europa, als deren Marksteine die Deregulierung des Londoner Finanzmarktes („Big Bang“ 1986) und die völlige Liberalisierung des Kapitalverkehrs in der Europäischen Union (1990) gelten können, überlagert und verschärft jedoch die innenpolitischen Probleme nachhaltig.

Mehr und mehr scheinen sich die Inhaber großer Kapitalien von Transaktionen auf den Finanzmärkten größere Gewinne zu erhoffen als von Investitionen, das heißt, ihre *Liquiditätspräferenz nimmt zu*, was tendenziell das Beschäftigungsniveau beeinträchtigt. So stieg zwischen 1990 und 1995 die weltweite Güterproduktion um ein Drittel, die Exporte vermehrten sich um die Hälfte, die Umsätze auf den Finanzmärkten dagegen stiegen um 230 Prozent; bezogen auf das Jahr 1972 hat sich die Weltproduktion verachtfacht, das Volumen der Exporte verdreizehnfacht, die Umsätze auf den Finanzmärkten dagegen sind um das 43fache gestiegen¹¹. Der Finanzsektor ist im übrigen auch der am stärksten wachsende Sektor der Weltwirtschaft, so daß man von einer wachsenden „Entstofflichung der Weltwirtschaft“ sprechen kann¹².

Bezogen auf die Probleme der Nationalgesellschaften sind drei *Wirkungen dieser neuen ‚unstofflichen‘ Weltwirtschaft* hervorzuheben: Die Transnationalisierung der Finanzmärkte erleichtert es erstens jedermann, sein Kapital der Kontrolle eines bestimmten Staates zu entziehen und mögliche Standortvorteile (zum Beispiel geringe Steuern) zu nutzen. Und die Banken, Versicherungen, Pensionsfonds u. ä. setzen bei ihren Aktivitäten auch die Ersparnisse von Personen ein, die zu solchem Tun weder motiviert noch in der Lage wären. Die gesteigerte Mobilität des Kapitals bewirkt zweitens einen erheblichen Machtgewinn auf der Kapitalseite, und zwar sowohl in der Führungsphilosophie der Unternehmungen („shareholder value“) als auch in Tarifverhandlungen und schließlich im Bereich der politischen Rücksichtnahme auf Kapitalinteressen aus sogenannten Standortgründen. Drittens – und dies ist wahr-

¹¹ Vgl. Informationsdienst des Instituts der Deutschen Wirtschaft vom 2. Januar 1997, S. 3.

¹² Ulrich Menzel, Die postindustrielle Revolution – Tertiärisierung und Entstofflichung der postmodernen Ökonomie, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, 36 (1995) 4, S. 100 ff. Zu diesem Komplex vgl. auch die kontroversen Positionen in: Hans Büttner/Peter Hampe (Hrsg.), *Die Globalisierung der Finanzmärkte: Auswirkungen auf den Standort Deutschland*, Mainz–München 1997.

scheinlich die weitreichendste Konsequenz – geraten erhebliche Teile nationaler Politik in eine indirekte Abhängigkeit von den internationalen Finanzmärkten: Das Urteil der internationalen Finanzexperten über die wirtschaftliche Stärke bestimmter Länder und die wirtschaftspolitische Disziplin ihrer Regierungen steuert die Spekulation auf den internationalen Devisenmärkten, wie zuletzt das Beispiel der ostasiatischen ‚Tigerstaaten‘ gezeigt hat.

Es findet mit anderen Worten ein *Autonomieverlust* der nationalen Regierungen statt, der vom ausdrücklichen *Souveränitätsverzicht* im Zusammenhang mit transnationalen Verbandsbildungen zu unterscheiden ist. Beides zusammen bewirkt jedoch, daß die Vorstellung vom Nationalstaat als einer demokratisch sich selbst steuernden Schicksalsgemeinschaft immer unrealistischer wird. Damit wird auch die herkömmliche Vorstellung der Nationalgesellschaft fragwürdig. *Die unterschiedlichen Sektoren menschlichen Zusammenlebens bekommen eine unterschiedliche räumliche Reichweite, sie decken sich real und zunehmend auch bewußtseinsmäßig immer weniger mit den Grenzen des Nationalstaates.* Einerseits gewinnen regionale und örtliche Interessen an Bedeutung, andererseits transnationale. Dennoch wird die politische Ebene des Nationalstaates ihre Bedeutung nicht verlieren, sondern nach wie vor als Zurechnungszentrum von politischen Entscheidungen eine zentrale Rolle spielen. Nur – über die *Entscheidungsbedingungen* kann dort immer weniger verfügt werden¹³.

V. Kulturelle Konsequenzen

Auf die Dauer sind hier auch Konsequenzen für das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zu erwarten. Diese als „Entsolidarisierung“ zu bezeichnen ist allerdings zu einfach, auch wenn entsprechende Beispiele offenkundig sind. Der Haupttrend ist wohl eine *Differenzierung der Solidaritätshorizonte* – vom Familialen und Örtlichen bis zum Globalen, und daher ermöglichen ethische Rechtfertigungen eine größere Flexibilität. Die nationale Solidarität verliert an Gewicht, und eben dies wird als „Krise von Gesellschaft“ wahrgenommen.

„Gesellschaft“ als einheitlicher und gemeinsamer Horizont von Handlungsmöglichkeiten löst sich auf, nicht aber das menschliche Zusammenleben.

13 Vgl. als systematischen Überblick: Fritz W. Scharpf, *Globalisierung als Beschränkung der Handlungsmöglichkeiten staatlicher Politik*, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Discussion Paper 97/1, Köln 1997.

Ob man die gegenwärtige Entwicklung als Entwicklung zu einer „Weltgesellschaft“ bezeichnen soll, steht auf einem anderen Blatt. Auf jeden Fall würde dann der Gesellschaftsbegriff einen anderen Sinn als den bisherigen gewinnen¹⁴. Realistischer scheint es zu sein, die unterschiedliche Reichweite relevanter Interaktionszusammenhänge systematisch in Betracht zu ziehen.

Die größte Reichweite kommt den Finanz- und den massenmedialen Informationsströmen zu; sie werden tendenziell weltweit und beruhen zunehmend auf vereinheitlichten technischen Standards. Es entsteht somit tatsächlich eine universelle ‚Weltkultur‘, die sich zum Beispiel in einer einheitlichen Zeitrechnung, in gleichförmigen Standards für Maße, Gewichte, Geld, mediale Netzwerke oder in international einheitlichen Orientierungssymbolen (Icons) manifestiert. Im Gegensatz zu den Hoffnungen der Aufklärung bleibt diese Weltkultur jedoch auf lebensdienliche Trivialitäten beschränkt und führt nicht zu einheitlichen normativen Leitvorstellungen, wie dies einem emphatischen Kulturbegriff entspräche. Statt dessen steigt die Konfrontation mit dem Fremden, Andersartigen im kulturellen Bereich, aber auch die Einsicht in nationsübergreifende, jedoch nicht globale kulturelle Gemeinsamkeiten, etwa einer ‚islamischen‘ oder ‚abendländischen‘ Kultur. Zwar entwickelt sich innerhalb dieser Kulturen ein wachsendes ‚Weltbewußtsein‘, doch ist es eine durchaus offene Frage, inwieweit diese Vorstellungen konvergieren. Vor allem im asiatischen Raum läßt sich der Versuch beobachten, zwar die ursprünglich westlichen naturwissenschaftlich-technischen Errungenschaften zu übernehmen, sie jedoch dem eigenen kulturellen Kontext zu adaptieren¹⁵.

Die heute hervortretenden transnationalen kulturellen Grenzen sind in den Tiefen millenärer Vergangenheit verankert, wobei vor allem religiöse Differenzen erstaunliche Langzeitwirkungen zeitigen. Daraus braucht allerdings kein politischer Kulturkonflikt zu entstehen; vielmehr bleiben innerhalb dieser kulturellen Horizonte die Nationalstaaten die wichtigsten kollektiven Akteure, wobei jedoch das kulturprägende Moment staatlicher Politik zurückgeht und eine größere kultu-

14 Vgl. zuletzt Rudolf Stichweh, *Zur Theorie der Weltgesellschaft*, in: *Soziale Systeme – Zeitschrift für soziologische Theorie*, 1 (1995) 1, S. 29–45. Kritisch dazu Gerhard Wagner, *Die Weltgesellschaft – Zur Überwindung einer soziologischen Fiktion*, in: *Leviathan*, 24 (1996) 4, S. 539–556.

15 Vgl. z.B. Helmut Buchholt u.a. (Hrsg.), *Modernität zwischen Differenzierung und Globalisierung: Kulturelle, wirtschaftliche und politische Transformationsprozesse in der sich globalisierenden Moderne*, Münster 1996; sowie grundsätzlicher: Emanuel Richter, *Der Zerfall der Welteinheit. Vernunft und Globalisierung in der Moderne*, Frankfurt am Main – New York 1992, insb. S. 242 ff.

relle Heterogenität – von der Regionalkultur bis zu transnationalen Bewegungen – öffentlich wird¹⁶.

Deutlicher als bisher dürften jedoch auch subnationale Gemeinsamkeiten wiederum interessenformierend wirken; das gilt insbesondere für die großen Staatswesen Europas wie Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien. Dort gewinnen seit längerem regionale Bewegungen an Gewicht, in Deutschland verstärkt durch die bereits bestehende politische Struktur der Länder. Es fällt auf, daß es vor allem kleinere Staaten (zum Beispiel die Niederlande, die Schweiz und Schweden) sind, welche zum Teil schmerzhaft Anpassungsprozesse an die veränderten globalen Konkurrenzbedingungen ohne größere innere Konflikte durchlaufen haben. Offensichtlich sind hier interessenübergreifende Bindungskräfte in höherem Maße wirksam als in größeren oder durch historisch bedingte Regionalkonflikte geteilten Staaten (zum Beispiel Belgien, neuerdings auch die vereinte Bundesrepublik). Die Politik der Europäischen Union zielt denn auch auf die Stärkung der Regionen, was sich auf die Dauer auch als Schwächung der nationalen Solidaritäten auswirken kann.

Offen scheint derzeit die Frage, inwieweit mit dem Wegfall des ‚äußeren Feindes‘ seit dem Zerfall des Warschauer Paktes erneut weltanschauliche Gegensätze in Westeuropa aufbrechen. Zweifellos hat die Angst vor dem Sozialismus in Wirtschaftskreisen zu einer erhöhten Akzeptanz sozialpolitischer Forderungen geführt, und so überrascht es wenig, daß seit dem Ende des Sozialismus die von den Vereinigten Staaten ausgehende liberale Wirtschaftsdoktrin auch innerhalb der europäischen Wirtschaft und Politik eine wachsende Anhänger-schaft findet. Inwieweit sich die bestehenden

16 Vgl. hierzu Peter L. Berger (Hrsg.), *Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften*. Ein Bericht der Bertelsmann-Stiftung an den Club of Rome, Gütersloh 1997; ebd. eine kritische Auseinandersetzung mit der Kulturkonfliktthese von Samuel P. Huntington, *Kampf der Kulturen – The Clash of Civilizations*, München 1996.

Interessengegensätze zu weltanschaulichen Gegensätzen hochschaukeln, ist damit noch nicht entschieden. Es erscheint jedoch nicht unplausibel, daß die starke Dethematisierung kulturell-normativer Unterschiede in der ‚Postmoderne‘ nicht das letzte Wort der europäischen Kulturgeschichte ist. Vor allem die Frage nach den Bildungsinhalten läßt in absehbarer Zeit neue Kontroversen erwarten. Angesichts der Vernachlässigung der Bildungspolitik in Deutschland könnte in diesem Zusammenhang auch das weitgehende Bildungsmonopol der Staatsschulen in Frage gestellt werden¹⁷.

Als Konsequenz der skizzierten Entwicklungen ergeben sich neuartige Zumutungen an das menschliche Zusammenleben. Erstens: Wir müssen lernen, bewußt mit geteilten Solidaritäten zu leben, das heißt, uns in verschiedenen Hinsichten mit unterschiedlichen Kollektiven zu identifizieren. Dies haben die meisten Zeitgenossen in hochdifferenzierten Gesellschaften längst gelernt, es muß nun aber bewußt auf die unterschiedlichen Niveaus von Politik ausgedehnt werden. Das gilt auch für Staatstheorien, welche für die Zukunft die Aufgaben des Staates unter explizitem Verzicht auf die Prämisse der Souveränität zu bedenken haben¹⁸. Sodann: Als politisch Verantwortliche müssen wir diese zunehmende Komplexität der Identifikationen bewußt berücksichtigen und die gestiegene Unsicherheit des politischen Konsenses in Rechnung stellen. Stures Beharren auf den eigenen Interessenpositionen wird sich unter solchen Bedingungen immer seltener auszahlen. Und schließlich: Soll die wachsende Vernetzung der Solidaritäten nicht zum Immobilismus führen, so sind strukturelle Reformen im Sinne einer Entkoppelung der Zuständigkeitsbereiche verschiedener politischer Ebenen dringlich. Deutschlands Erfahrungen mit der föderalistischen Politikverflechtung und die daraus resultierenden Reformblockaden können hier ein warnendes Beispiel sein.

17 Vgl. Konrad Adam, *Stärker, nicht besser*. Wie die Staatsschule Konkurrenz vermeidet, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. März 1998, S. 37.

18 Vgl. hierzu F.-X. Kaufmann (Anm. 5), S. 33 ff.

Plurale Vorsorge

Die Zukunft der sozialen Sicherheit

I. Reformdruck und Reformstau

Eine Krise des Sozialstaates hat es in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland nicht gegeben. Das änderte sich Mitte der siebziger Jahre: Die schwere Rezession ließ die Zahl der Arbeitslosen dramatisch ansteigen, das Gleichgewicht von Beitragszahlern und Beitragsempfängern wurde empfindlich gestört, und der Sozialstaat geriet an die Grenzen seiner Belastbarkeit. Zu diesem Zeitpunkt flammten erstmals heftige Diskussionen über die Leistungsfähigkeit und Zukunftsperspektive der sozialen Sicherung auf¹. Mit einer Kombination aus Beitragserhöhungen und Leistungssenkungen gelang es zwar, die Systeme der sozialen Sicherung wieder zu stabilisieren, doch ihr Nimbus blieb beschädigt zurück².

In den letzten Jahren ist der Sozialstaat erneut unter Reformdruck geraten. Heute geht es aber nicht mehr nur darum, konjunkturelle Schwankungen abzufangen. Die Systeme der sozialen Sicherung müssen vielmehr an grundlegend veränderte Rahmenbedingungen angepaßt werden. Die Zunahme der strukturellen Arbeitslosigkeit, demographische Verschiebungen, die sozialen Folgen der deutschen Einheit und die Herausforderungen der Globalisierung haben sie aus der Balance gebracht. Zugleich haben konventionelle Stabilisierungsinstrumente einen Teil ihrer Wirksamkeit eingebüßt.

Einer besonders starken Belastung ist die gesetzliche Rentenversicherung ausgesetzt. Die Verringerung des Renteneintrittsalters und der Anstieg der Lebenserwartung haben dazu geführt, daß sich die durchschnittliche Rentenbezugsdauer im Verlauf

der letzten Jahrzehnte deutlich erhöht hat³. Veränderte biographische Muster und der demographische Wandel unterminieren die Grundlagen des Generationenvertrages. Während die gesetzliche Rentenversicherung, das System der Arbeitsförderung und die Sozialhilfe vor allem durch die Zunahme der Zahl der Leistungsempfänger belastet werden, gerät die gesetzliche Krankenversicherung durch die immer häufigere Anwendung kostenintensiver Diagnose- und Therapieverfahren unter Druck.

Zur existentiellen Herausforderung wurden diese wachsenden Belastungen jedoch erst durch den gleichzeitigen Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Seit Anfang der neunziger Jahre sind in der Bundesrepublik Deutschland mehr als zweieinhalb Millionen Arbeitsplätze verlorengegangen. Selbst bei der sich momentan abzeichnenden konjunkturellen Erholung ist keine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt in Sicht. Im Gegenteil: Für das laufende Jahr 1998 rechnet der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit einem weiteren Stellenabbau⁴. Alle Hoffnungen auf ein „Jobwunder“ haben sich als Illusion herausgestellt. Die Schere zwischen Leistungsempfängern und Beitragszahlern wird sich in absehbarer Zeit nicht schließen, sondern weiter öffnen.

Das herkömmliche Instrument zur Stabilisierung der Sozialsysteme – das Drehen an der Beitragschraube – hat seine Wirksamkeit nicht nur verloren, unter den gegenwärtigen Bedingungen des sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs hat sich die Wirkungsrichtung sogar umgekehrt: Eine Anhebung der Beitragssätze könnte zwar die Einnahmesituation der Kassen verbessern – jedoch nur vorübergehend. Diese Maßnahme

1 Vgl. u. a. die Beiträge in: Leviathan, Sonderheft, (1978) 1.

2 Vgl. die Übersichten zur Entwicklung der Sozialpolitik, in: Lothar F. Neumann/Klaus Schaper, Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main u. a. 1982, S. 26 ff. und Gerhard Naegele, Sozialarbeit zwischen Wirtschaftskrise, Sozialabbau und kommunaler Finanznot, in: Thomas Olk/Hans-Uwe Otto (Hrsg.), Der Wohlfahrtsstaat in der Wende. Umriss einer künftigen Sozialarbeit, Weinheim u. a. 1985, S. 104 ff.

3 In Westdeutschland stieg die mittlere Rentenbezugsdauer von 11,2 Jahren (1970) auf 15,7 Jahre (1996) (Statistische Angaben: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Rentenversicherungsbericht, in: Globus-Kartendienst, Blatt Nr 3456 vom 10. Juni 1996).

4 Von 1991 bis 1997 sind 2,527 Millionen Arbeitsplätze abgebaut worden. Für 1998 wird eine weitere Abnahme um 174 000 Stellen prognostiziert. (Statistische Angaben: Statistisches Bundesamt, Sachverständigenrat, in: Globus-Kartendienst Blatt Ka-4559 vom 17. Dezember 1997.)

würde – um Bekanntes kurz anzudeuten – auch zu einer Verteuerung des Faktors Arbeit führen und die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung weiter beschleunigen. Nicht neue Balance, sondern mehr Instabilität wäre die Folge. Dieses Vorgehen würde in letzter Konsequenz dazu beitragen, den Sozialsystemen die ökonomische Basis zu entziehen⁵.

Eine andere Strategie scheint auf den ersten Blick wirksamer und mit weniger negativen Folgen verbunden zu sein: die Erhöhung des Bundeszuschusses. Zusammen mit der Entlastung der Sozialkassen von versicherungsfremden Leistungen ließe sich ein stabilisierender Effekt erzielen. Beide Maßnahmen müßten jedoch aus zusätzlichen Steuereinnahmen finanziert werden, da eine weitere Erhöhung der Neuverschuldung des Bundes die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion gefährden würde. Steuererhöhungen, insbesondere die Anhebung von Verbrauchssteuern, hätten jedoch gefährliche Nebenwirkungen: Der zu erwartende Rückgang der Binnennachfrage würde die Konjunktur belasten, zu einem Abbau von Beschäftigung führen und damit letztlich zusätzliche Einnahmeverluste für die Sozialkassen verursachen.

Weder die weitere Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge noch steuerfinanzierte Zuschußmodelle sind zur Stabilisierung der Sozialsysteme geeignet. Ein Wirtschaftswunder ist nicht in Sicht – ein Beschäftigungswunder erst recht nicht⁶. Die Zeiten der unbeschwerten Verteilung immer neuer Zuwächse sind vorerst vorüber. Die auf Leistungserweiterung und Niveauerhöhung programmierten Systeme der sozialen Sicherung müssen überdacht und neu eingerichtet werden. Der generelle Reformbedarf ist seit längerer Zeit bekannt – getan hat sich jedoch nur wenig. Die politischen Akteure haben es bisher nicht vermocht, die Sozialsysteme umfassend zu modernisieren. Alle größeren Reformvorhaben sind im Labyrinth der institutionalisierten Interessen verlorengegangen. Die von parteitaktischen Kalkülen geleiteten Debatten haben vor allem ein Resultat hervorgebracht: eine tiefe Verunsicherung und einen rapiden Vertrauensverlust bei den Bürgern.

5 Steigende Sozialbeiträge machen die Arbeit immer teurer: Der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen zu leistende Beitrag zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung (und seit 1995 auch zur Pflegeversicherung) wuchs von 26,5 Prozent des Bruttoeinkommens im Jahr 1970 auf 42,0 Prozent im Jahr 1997 an (Statistische Angaben: Bundesarbeitsministerium, in: Globus-Kartendienst, Blatt Na-3870 vom 13. Januar 1997).

6 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1997, in: DIW-Wochenbericht, 63 (1997) 44.

II. Unsicherheit und Vertrauensentzug

Die Ergebnisse einer vom Wissenschaftszentrum Berlin in Auftrag gegebenen Umfrage⁷ machen den erreichten Grad der Verunsicherung deutlich: Vor dem Hintergrund der Debatten zum Umbau der Sozialsysteme sind nahezu zwei Drittel der Befragten der Meinung, in Zukunft bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit unzureichend gesichert zu sein. Nur noch eine kleine Minderheit nimmt an, künftig gut gesichert zu sein⁸. Besonders alarmierend ist, wie weit sich dieses Gefühl der Unsicherheit bereits ausgebreitet hat. Es betrifft Männer und Frauen, Ost- und Westdeutsche, jüngere Leute und Menschen im mittleren Alter nahezu gleichermaßen. Nur Ältere, Bessergebildete, Besserverdienende und Vermögende sind kaum betroffen⁹.

Vollkommen verunsichert sind diejenigen, die erwarten müssen, demnächst auf Sozialleistungen angewiesen zu sein. Von den Befragten, die ihren eigenen Arbeitsplatz für sehr unsicher halten, glauben fast alle, daß sie in Zukunft unzureichend gesichert sein werden. In der Gruppe derjenigen, die ihren Arbeitsplatz für sehr sicher halten, ist dagegen nicht einmal die Hälfte dieser Ansicht. Der Einfluß des gegenwärtigen Bezugs von sozialen Leistungen auf das subjektive Sicherheitsgefühl ist ambivalent. Die Bezieher von Altersrenten machen sich kaum Sorgen um die eigene zukünftige Versorgung mit sozialstaatlichen Leistungen. Die Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Wohngeld oder Sozialhilfe sind nicht so optimistisch. Im Gegenteil: Die überwiegende Mehrheit meint, in Zukunft nur unzureichend gesichert zu sein¹⁰. Dieses unterschiedliche Ausmaß der Besorgnis ist auf eine wesentliche Differenz zwischen den Leistungsarten zurückzuführen: Im

7 Sozialwissenschaftenbus III/1996 mit der Grundgesamtheit: Deutschsprachige Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland ab 18 Jahre. Realisierte Stichprobengröße: n = 3 097 Fälle.

8 Frage: „Es gibt im Augenblick Diskussionen zum Sozialumbau in Deutschland. Wenn Sie an die Zukunft denken, was meinen Sie? Wie werden Sie in Zukunft bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit gesichert sein?“ 8 Prozent aller Befragten meinten „gut gesichert“, 29 Prozent sagten „eher gut gesichert“, 45 Prozent „eher schlecht gesichert“ und 18 Prozent „schlecht gesichert“. „Eher schlecht gesichert“ und „schlecht gesichert“ werden hier zusammengefaßt und als „unzureichend gesichert“ interpretiert.

9 Vgl. Thomas Bulmahn, Reformstau und Verunsicherung. Einstellungen zum Umbau des Sozialsystems, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren ISI, (Juli 1997) 18, S. 6–9.

10 Vgl. ebd., S. 7.

Gegensatz zu bestehenden Rentenverhältnissen sind Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Wohngeld und Sozialhilfe nicht vor Kürzungen sicher. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Bisher hat es keinen gravierenden Abbau von sozialen Leistungen gegeben, und dennoch ist das Vertrauen in die zukünftige Absicherung bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit schwer beschädigt worden¹¹.

Vertrauen und Mißtrauen, so Niklas Luhmann, sind „symbolisch vermittelte, generalisierte Haltungen, die nicht mit spezifisch angebbaren objektiven Ursachen variieren, sondern durch subjektive Prozesse der vereinfachenden Erlebnisverarbeitung gesteuert werden“¹². Vertrauen schlägt in Mißtrauen um, wenn es negative Indizien gibt, die sich zu einer kritischen Masse verdichten¹³. Die gravierenden Probleme der Systeme der sozialen Sicherung und die unzureichenden Bemühungen der politischen Akteure zu deren Bewältigung – Reformdruck und Reformstau – haben eine Vielzahl Mißtrauen erregender Anhaltspunkte geliefert. Das fortlaufende Diskreditieren der Systeme der sozialen Sicherung hat das Vertrauen in die Qualität der sozialstaatlichen Risikovorsorge in ihr Gegenteil umschlagen lassen. Eine Atmosphäre des Mißtrauens ist entstanden, in der die Beschwörung von Sicherheit und Stabilität der sozialstaatlichen Arrangements nicht einfach ungehört verhallt, sondern zusätzliche Zweifel hervorruft und weitere Skepsis auslöst.

Der Verlust des Vertrauens in die Zukunft der sozialen Sicherung wirkt sich sowohl auf individuelle Haltungen als auch auf das Meinungsklima insgesamt aus¹⁴. Diese Zusammenhänge sollten nicht als lineare Kausalbeziehungen mißverstanden werden. Es handelt sich vielmehr um interdependente Beziehungsgeflechte aus individuellen Erwartungen, Wahrnehmungen und Bewertungen der eigenen Lage, Interpretationen der gesellschaftlichen Situation und Handlungsabsichten. Diese zunächst individuellen Erwartungen, Haltungen und Absichten verdichten sich zu einem

11 Zum Vergleich: Im Jahr 1975 wurde ähnlich gefragt: „Sind Arbeitnehmer im Alter, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit sozial gesichert?“ Damals antworteten 41 Prozent aller Befragten mit „gut gesichert“, 46 Prozent sagten „gerade ausreichend gesichert“ und 8 Prozent meinten „nicht genug gesichert“ (Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bürger und Sozialstaat, Forschungsbericht, Bonn 1980, S. 44).

12 Niklas Luhmann, Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart 1968, S. 74.

13 Vgl. ebd., S. 71 ff.

14 Vgl. zu den Folgen der Staatsüberlastung auf das subjektive Wohlbefinden der Bürger Helmut Klages, Überlasteter Staat – verdrossene Bürger? Zu den Dissonanzen der Wohlfahrtsgesellschaft, Frankfurt am Main 1981.

Meinungsklima, das – medial verarbeitet – auf die Individuen zurückwirkt.

Die Erwartung, in Zukunft bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit gut gesichert zu sein, geht mit einer hohen individuellen Zufriedenheit einher. „Gut Gesicherte“ – also diejenigen, die meinen, zukünftig gut gesichert zu sein¹⁵ – sind nahezu ausnahmslos zufrieden mit ihrem Leben. Etwa jeder zweite ist sehr zufrieden, nur einzelne sind mit dem Leben sehr unzufrieden. Bei den „schlecht Gesicherten“ – das sind diejenigen, die meinen, in Zukunft schlecht gesichert zu sein – ist die Zufriedenheit deutlich geringer. Nur etwa jeder vierte Befragte aus dieser Gruppe ist sehr zufrieden. Ein relativ großer Anteil ist sehr unzufrieden mit dem Leben¹⁶.

Die Wahrnehmung und Bewertung der gesellschaftlichen Wirklichkeit fällt je nach subjektivem Sicherheitsempfinden unterschiedlich aus. „Gut Gesicherte“ beurteilen das heutige *wirtschaftliche System* der Bundesrepublik eindeutig positiv. Im Vergleich zur Situation vor fünf Jahren nehmen sie geringfügige Verschlechterungen wahr. Dagegen sehen „schlecht Gesicherte“ das heutige *Wirtschaftssystem* bereits im negativen Bereich. Rückblickend nehmen sie eine massive Verschlechterung wahr. Das heutige *politische System* der Bundesrepublik wird ebenfalls ganz unterschiedlich bewertet. „Gut Gesicherte“ bewerten es sehr positiv. Die Beurteilung der „schlecht Gesicherten“ fällt wiederum negativ aus. Im Rückblick nehmen „gut Gesicherte“ eine eher geringfügige Verschlechterung wahr. Dagegen schätzen „schlecht Gesicherte“ das heutige *politische System* im Vergleich zu vor fünf Jahren wesentlich schlechter ein¹⁷.

Wie relevant derartige Urteile sind, macht ein Blick auf die Wahlabsichten deutlich. Von den „gut Gesicherten“ sagen nur einzelne, daß sie bestimmt nicht an der Wahl teilnehmen würden, dagegen meint ein Viertel der „schlecht Gesicherten“, sie würden ihre Stimme bestimmt nicht abgeben¹⁸. Hier wird deutlich, daß die Beurteilung der gesellschaftlichen Situation und die individuellen Handlungsabsichten in einem engen Zusammenhang stehen.

Diese Befunde lassen sich zunächst als bloße Kritik an den politischen Parteien deuten. Diejenigen, die befürchten, in Zukunft von Kürzungen betrof-

15 Vgl. Anm. 8.

16 Vgl. T. Bulmahn (Anm. 9), S. 9.

17 Vgl. ebd., S. 8.

18 Frage: „Wenn jetzt, am nächsten Sonntag, Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann mit Ihrer Zweitstimme wählen?“, Vorgabe: „Würde bestimmt nicht an der Wahl teilnehmen“, vgl. T. Bulmahn (Anm. 9), S. 7.

fen zu sein, strafen die Politik bereits heute mit schlechten Noten ab. Andere Umfragen haben aber auch gezeigt, daß in den letzten Jahren das Vertrauen in das demokratische System insgesamt rapide gesunken ist. Mittlerweile meint nur noch jeder zweite Bürger, daß die Probleme der Bundesrepublik mit Hilfe der Demokratie gelöst werden können. Es ist ein gravierender Vertrauensverlust eingetreten, der langfristig die Legitimität der politischen Ordnung untergraben könnte¹⁹.

III. Plurale Vorsorge

Die Einschätzung, zukünftig bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit nicht mehr ausreichend gesichert zu sein, geht nicht nur mit einem verringerten Wohlbefinden, mit schlechteren Bewertungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit und Politikverdruß einher. In der letzten Zeit ist auch eine wachsende Zustimmung zu alternativen Vorsorgestrategien, die weniger staatliche Fürsorge und dafür mehr Eigenverantwortung umfassen, zu beobachten²⁰. Dieser Trend resultiert aus der Einsicht, daß der Sozialstaat an seine Leistungsgrenzen gestoßen ist und der notwendige Umbau der sozialen Sicherung mit einem Abbau von Leistungen verbunden sein wird. Drei von vier Bundesbürgern sind mittlerweile davon überzeugt, daß der Umfang der sozialen Sicherung in Zukunft nicht auf dem bisherigen Stand gehalten werden kann²¹. Nur noch eine Minderheit (20 Prozent) glaubt, daß beispielsweise die Altersvorsorge im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung vollkommen ausreicht. Die Mehrheit der Bevölkerung (78 Prozent) meint dagegen, daß die Leistungen nicht ausreichen werden und es deshalb sinnvoll ist, neben der gesetzlichen Rente selber für das Alter vorzusorgen²².

Bereits heute stützt sich die Altersvorsorge auf mehrere Säulen: Im Jahr 1995 beliefen sich die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung auf 318 Milliarden DM, die Betriebsrenten, Zusatzversicherungen und Leistungen der Versorgungswerke summierten sich auf 108 Milliarden

DM, und die von den privaten Lebensversicherungen ausgezahlte Summe erreichte ein Volumen von 60 Milliarden DM²³. Weitere relevante Beiträge zur Altersversorgung stellen private Geld- und Immobilienvermögen sowie die Unterstützung von Familienmitgliedern, Nachbarn und Freunden dar²⁴. In anderen Bereichen der sozialen Sicherung ist diese Vielfalt der Versorgung und Unterstützung ebenfalls in Teilen noch erhalten bzw. bildet sich in aufbrechenden Versorgungslücken immer wieder neu heraus.

Eine zukünftige Perspektive der sozialen Sicherung könnte darin bestehen, die zum Teil existierende Vielfalt der Versorgungsleistungen auszubauen und gleichzeitig tragfähige Strategien einer pluralen Vorsorge zu entwickeln. Mit Vorsorge ist hier die konkrete Leistung beim Eintritt des Risikofalles gemeint: das Krankengeld, die Betriebsrente, die Zahlung der privaten Unfallversicherung, die Unterstützung durch Familienmitglieder usw. Vorsorge bezeichnet dagegen Aktivitäten, die die Bereitstellung einer zukünftigen Versorgung gewährleisten sollen. Dazu gehört das Zahlen der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ebenso wie der Abschluß einer privaten Lebensversicherung oder das Engagement in einer karitativen Einrichtung, verbunden mit der Hoffnung, selbst einmal eine vergleichbare Hilfe zu erhalten.

Versorgung und Vorsorge induzieren verschiedene Formen individueller Sicherheit. Die auf *Versorgung* basierende Sicherheit ist eine vorrangig objektive Sicherheit²⁵. Sie ergibt sich aus dem Wissen, daß die momentan empfangenen Versorgungsleistungen, am bestehenden Bedarf gemessen, ausreichend sind. Mit anderen Worten: Objektive Sicherheit beruht auf einem Vergleich des aktuellen Leistungsbedarfs mit der tatsächlich erhaltenen Leistung. Unsicherheit entsteht dann, wenn die Leistungen die durch Unfall, Krankheit oder Arbeitslosigkeit etc. entstandenen (materiellen) Einbußen nicht oder nur unzureichend zu kompensieren vermögen. Unsicherheit entsteht aber auch dann, wenn laufende Leistungen gefährdet sind. Dagegen ist die Sicherheit auf der Basis

23 Statistische Angaben vgl. Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Bundesarbeitsministerium, Die deutsche Lebensversicherung – Jahrbuch 1996, in: Globus-Kartendienst, Blatt Nr. 4140 vom 26. Mai 1997.

24 Vgl. Martin Diewald, Hilfebeziehungen und soziale Differenzierung im Alter, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 45 (1993) 4, S. 731–754.

25 Zum Begriffspaar „objektive Sicherheit – subjektive Sicherheit“ vgl. Franz-Xaver Kaufmann, Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften, Stuttgart 1973; siehe auch Hans Braun, Soziales Handeln und soziale Sicherheit. Alltagstechniken und gesellschaftliche Strategien, Frankfurt am Main 1978.

19 Vgl. Renate Köcher, Die Zweifel wachsen in Ost und West – Arbeitslosigkeit und Reformblockaden unterminieren das Vertrauen in die politische und wirtschaftliche Ordnung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 16. Juli 1997, S. 5.

20 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Aus der Neuen Welt – Nach Amerika schauen heißt in die Zukunft schauen, in: FAZ vom 13. August 1997, S. 5.

21 Vgl. Forschungsinstitut für Ordnungspolitik (Hrsg.), Finanzierungs- und Belastungsgrenzen des Sozialstaates im Urteil der Bevölkerung, Arbeitspapier Nr. 1, Köln 1996, S. 73.

22 Vgl. ebd., S. 80.

von *Vorsorge* eher ein subjektives Sicherheitsempfinden. Dieses Gefühl der Sicherheit beruht auf dem Vertrauen, daß die gegenwärtig betriebene *Vorsorge* eine angemessene *Versorgung* zukünftiger Bedarfsfälle gewährleistet. Wenn dieses Vertrauen erschüttert wird, dann schlägt Sicherheit in Unsicherheit um. Kurz: *Vorsorge* erfordert Vertrauen – *Versorgung* bringt relative Gewißheit.

In Anlehnung an die Konzepte „welfare pluralism“ bzw. „welfare mix“²⁶ soll hier der Begriff „Plurale *Vorsorge*“ eingeführt werden. Plurale *Vorsorge* meint, daß individuelle Nachfrager eine Vielfalt von Aktivitäten zur Risikoversorge entwickeln und dabei verstärkt auf die Angebote von Unternehmen, freiwilligen Assoziationen und privaten Netzwerken zurückgreifen. Die Qualität der persönlichen Risikoversorge basiert zukünftig nicht mehr nur ausschließlich auf den gegebenen Qualitäten der Angebotsstruktur. Mindestens ebenso wichtig wird die *Vorsorgestrategie* der Nachfrager. Mit Hilfe dieser Strategie kann ein den individuellen Bedürfnissen entsprechender *Vorsorgemix* arrangiert werden. Sicherheit wird damit zu einer Frage der richtigen Strategie. Mit anderen Worten: Plurale *Vorsorge* bedeutet vor allem Optimierung des individuellen *Vorsorgemix*. Dabei kommen unterschiedliche Ansprüche an Versorgungsniveaus ebenso zum Tragen wie spezifische Bedürfnisse nach Sicherheit und individuelle Zugangschancen zu den jeweiligen *Vorsorgeangeboten*.

Es lassen sich vier Anbieterkategorien unterscheiden: 1. Sozialstaat, 2. Privatwirtschaftliche Unternehmen, 3. Freiwillige Assoziationen und 4. Private Netzwerke. Diese Akteure bieten jeweils spezifische Versorgungs- und Unterstützungsleistungen an. Die Bereitstellung dieser Güter folgt dabei einer jeweils eigenen Operationslogik. Diese geht mit einer Spezifik der Austauschmedien – Recht, Geld, Argumente und Verpflichtungen – und der Leistungsgarantien einher²⁷.

26 Vgl. das Konzept des Wohlfahrtspluralismus u. a. bei Wolfgang Zapf, Wohlfahrtsstaat und Wohlfahrtsproduktion, in: Lothar Albertin/Werner Link (Hrsg.), Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland: Entwicklungslinien bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1981, S. 379–400; siehe auch Richard Rose, Common Goals but Different Roles: The State's Contribution to the Welfare Mix, in: ders./Shiratori Rei (Hrsg.), The Welfare State East and West, New York u. a. 1986, S. 13–39; Martin Rein/Lee Rainwater (Hrsg.), Public/Private Interplay in Social Protection – A Comparative Study, Armonk u. a. 1986.

27 Vgl. zu dieser Systematik und der im folgenden verwendeten Terminologie Adalbert Evers/Thomas Olk, Wohlfahrtspluralismus – Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffes, in: dies. (Hrsg.), Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrts-gesellschaft, Opladen 1996, S. 9–60.

Die von den *sozialstaatlichen Institutionen* angebotenen Versorgungsleistungen sind an den Zielen „Sicherheit“ und „Gleichheit“ ausgerichtet. Die zentralen Systeme der sozialen Sicherung folgen zwar primär dem Äquivalenzprinzip. Ergänzt und zuweilen verdeckt wird diese Leitlinie vom Solidarprinzip. Das Sicherheitsempfinden der Bürger basiert im wesentlichen auf der Erwartung, daß die gesetzlich verankerten Ordnungsprinzipien der sozialen Sicherung weiterhin gelten, daß die erworbenen individuellen Anspruchsrechte Bestand haben und daß das Leistungsniveau erhalten bleibt.

Das Handeln *privatwirtschaftlicher Unternehmen* folgt anderen Leitlinien. Aus einem ganzen Bündel unterschiedlichster Ziele ragen zwei Maximen heraus: das Erwirtschaften von Gewinnen und der langfristige Erhalt des Unternehmens. Der Zugang der Konsumenten zu den angebotenen Versorgungsleistungen, beispielsweise zu Lebensversicherungen, Berufsunfähigkeits- und Unfallversicherungen, erfolgt nicht über Rechte, zentrales Austauschmedium ist Geld. Die Sicherheitswirkung dieser *Vorsorge* ergibt sich aus der Erwartung, daß die Zahlungsfähigkeit beider Vertragspartner, des Versicherten und des Versicherers, für die Laufzeit des Vertrages erhalten bleibt.

Das Ziel der *freiwilligen Assoziationen* ist die Realisierung der Partikularinteressen ihrer Mitglieder. Die Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen ergibt sich zumeist aus dem Wunsch, individuelle Bedürfnisse zu realisieren, sich selbst zu verwirklichen und mit Gleichgesinnten zusammenzusein. Das schließt ein auf das Gemeinwohl gerichtetes Handeln oder ganz konkret den Wunsch, anderen Menschen zu helfen, nicht aus. Im Gegenteil – karitatives Engagement hat in den letzten Jahren seinen altruistischen Charakter verloren und wird verstärkt als attraktives Freizeitangebot nachgefragt²⁸. Hilfe und Unterstützung wird in der Regel jedoch nur denen gewährt, die – ganz gleich, ob Mitglied oder nicht – ihre Bedürftigkeit argumentativ belegen können. Der Sicherheitseffekt ergibt sich für die Klienten im wesentlichen aus der Erwartung, daß im Risikofall die individuelle Bedürftigkeit glaubhaft gemacht werden kann und dieser Nachweis ein relevantes Hilfsangebot auslöst.

Private Netzwerke operieren nach einer anderen Logik. In Familien und Freundeskreisen geht es zuweilen zwar auch um persönlichen Gewinn und individuelle Existenzsicherung, und oftmals verfolgen die Mitglieder auch ihre eigenen Interessen.

28 Vgl. Eckhard Priller/Annette Zimmer, Ende der Mitgliederorganisationen?, Vortragsmanuskript, Berlin 1997.

Vorrangiges Ziel ist jedoch der Erhalt von Bindungen, die auf Zuneigung basieren. Hilfe und Unterstützung werden im Sinne gegenseitiger Verpflichtung gewährt und empfangen. Das Sicherheitsempfinden beruht auf dem Wissen um die individuelle Zugehörigkeit und der Erwartung in die Belastbarkeit der Bindungen.

Diese Skizzen zur spezifischen Qualität der einzelnen Vorsorgeangebote führen bereits zu der Einsicht, daß einer bloßen Substitution sozialstaatlicher Leistungen enge Grenzen gesetzt sind. Eine Verschiebung des Vorsorgemix wird sich nicht als Nullsummenspiel arrangieren lassen. Die Vorsorgeangebote des Sozialstaates sind durch die Angebote privatwirtschaftlicher Unternehmen, der freiwilligen Assoziationen und der privaten Netzwerke weder vollständig noch folgenlos zu ersetzen²⁹. Individuelle Strategien der pluralen Vorsorge lassen sich zudem erst vor dem Hintergrund relativ sicherer Erwartungen an Qualität und Umfang zukünftiger Leistungen des Sozialstaates entwickeln. Solange nicht abzusehen ist, wie die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in Zukunft aussehen werden, solange bleibt die Sicherheitswirkung alternativer Vorsorgemaßnahmen ebenfalls höchst ungewiß³⁰.

Mit dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen wird das individuelle Bedürfnis nach Sicherheit durch Risikovorsorge nicht geringer werden, sondern ganz im Gegenteil weiter wachsen. Es ist daher zu erwarten, daß die Vorsorgeangebote der privatwirtschaftlichen Unternehmen, der freiwilligen Assoziationen und der privaten Netzwerke für die individuelle Risikovorsorge eine immer größere Bedeutung erlangen werden. Mit der Bedeutungsverlagerung der Anbieter gehen Verschiebungen auf den Ebenen der Anbietermaximen, der Austauschmedien und der Leistungsgarantien einher³¹.

Auf der Ebene der Operationslogik wird die wohlfahrtsstaatliche Maxime „Gleichheit und Sicherheit“ in Konkurrenz zu den Zielgrößen „Gewinn und Existenzertret“, „Mitgliederinteressen“ sowie „Zuneigung und Bindung“ geraten. „Recht“ wird als dominantes Austauschmedium an Bedeutung verlieren. Die Austauschmedien „Geld“, „Argumente“ und „Verpflichtungen“ werden dagegen immer wichtiger werden. Auf der Ebene der Garantien der Versorgungsleistungen werden „Anspruchsrechte“ um „Zahlungsfähigkeit“,

„Bedürftigkeit“ und „Zugehörigkeit“ ergänzt. Diese Verschiebung des Vorsorgemix von der Dominanz des Sozialstaats hin zu einer pluralen Vorsorge wird eine ganze Reihe von gesellschaftlich relevanten Veränderungen nach sich ziehen.

IV. Chancen und Risiken der pluralen Vorsorge

Die Entwicklung und Etablierung der pluralen Vorsorge wird auf mehreren Ebenen der Gesellschaft Prozesse des sozialen Wandels induzieren, die sowohl Chancen als auch Risiken bereithalten. Diese Chancen und Risiken werden sich nicht gegenseitig aufheben, weil sie sich im sozialen Gefüge ungleich verteilen. In dieser Ungleichheit, die letztlich als Ungerechtigkeit interpretiert werden wird, liegt das Potential für zukünftige gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Einige der Konfliktfelder zeichnen sich bereits heute ab. Auf der Mikroebene der Individuen geht es dabei um Chancenungleichheiten: Die Pluralisierung der Risikovorsorge verspricht Effizienz und Flexibilität für die einen und bedroht andere mit neuer Abhängigkeit, Ineffizienz und Unterversorgung. Auf der Ebene der Institutionen geht es um die ambivalenten Folgen der Verringerung sozialstaatlicher Leistungen für die Systeme der sozialen Sicherung: „Systemerhalt durch Entlastung“ auf der einen Seite und „Legitimitätsverlust durch Sozialabbau“ auf der anderen Seite. Auf der Makroebene geht es um das Integrationspotential des Sozialstaates und die mit der Individualisierung der Risikovorsorge einhergehenden Gefahren des sozialen Ausschlusses (Exklusionsrisiken) und die sich eröffnenden Möglichkeiten der Integration (Inklusionschancen).

Mit der Pluralisierung geht eine Individualisierung der Risikovorsorge einher, die Chance und Risiko zugleich ist. Sie ist zunächst einmal eine Chance, weil sie einen Gewinn an Autonomie verspricht. Die Teilentlassung aus dem staatlichen Vorsorgekollektiv eröffnet den Bürgern individuelle Gestaltungsspielräume: Die Risikovorsorge kann den persönlichen Sicherheitsbedürfnissen besser als bisher angepaßt werden, die Möglichkeiten der Eigenvorsorge können umfassender ausgeschöpft werden, und je nach Lebenslage kann dieser Vorsorgemix optimiert werden. Diese individuellen Strategien der pluralen Vorsorge werden den Herausforderungen einer individualisierten Gesellschaft in größerem Maße gerecht als die kollektiven Arrangements des Sozialstaates. Individuelle Risikovorsorge verspricht Autonomie, Gestaltbarkeit, Effizienz

29 Vgl. die Beiträge in Adalbert Evers/Helmut Wintersberger (Hrsg.), *Shifts in the Welfare Mix. Their Impact on Work, Social Services and Welfare Policies*, Frankfurt am Main u. a. 1990.

30 Vgl. T. Bulmahn (Anm. 9), S. 6.

31 Die Terminologie folgt zum Teil A. Evers/T. Olk (Anm. 27), vgl. dort insbes. S. 23.

enz und Flexibilität – für diejenigen, die es sich leisten können. Daß es hierbei nicht nur um Zahlungsfähigkeit geht, sollte mittlerweile deutlich geworden sein. Pluralität der Vorsorge setzt zunächst eine Pluralität der verfügbaren Ressourcen voraus, die sich in einen Mix aus vertrauenswürdigen Anspruchsrechten, belastbarer Zahlungsfähigkeit, belegbarer Bedürftigkeit bzw. verpflichtender Zugehörigkeit umsetzen lassen. Dieses Mobilisieren der Ressourcen, darauf hat Franz-Xaver Kaufmann hingewiesen, ist von individuellen Kompetenzen abhängig³². Beide Bedingungen – Verfügbarkeit von Ressourcen und Kompetenzen zu deren Mobilisierung – engen die individuellen Möglichkeiten zur pluralen Vorsorge ein.

Fehlen im Mix der Versorgungsgarantien jedoch einzelne Elemente, dann verwandeln sich die Chancen der individuellen Vorsorge in massive Risiken. Die Vorsorge wäre im Fall fehlender Anspruchsrechte und mangelnder Zahlungsfähigkeit auf die Angebote von privaten Netzwerken und freiwilligen Assoziationen reduziert. Während der Abschluß privater Versicherungen neben den vertragsrechtlichen Bestimmungen zur Zahlung der Beiträge keine weiteren Verpflichtungen nach sich zieht, führt die Bindung an private Netzwerke bzw. an Vereine und Organisationen zu Abhängigkeiten. Hier ist man auf die Gegenseitigkeit der Verpflichtungen bzw. des Engagements angewiesen. Anstrengungen zum Aufbau tragfähiger Bindungen sind zudem langfristige Investitionen, die sich kaum optimieren und nicht transferieren lassen. Darüber hinaus sind diese Bindungen nur begrenzt belastbar. Individuelle Risikovorsorge birgt in diesem Fall eine Reihe von Risiken: Autonomieverlust, Inflexibilität und Unterversorgung.

Basiert die Vorsorge dagegen ausschließlich auf Anspruchsrechten und Zahlungsfähigkeit, ergeben sich andere, nicht minder riskante Nebenwirkungen. Die Flexibilität marktwirtschaftlicher Angebote und die relative Sicherheit sozialstaatlicher Leistungen haben ihren Preis: Die Kosten der Vorsorge steigen mit wachsendem Risiko (Markt) bzw. mit höherem Individualeinkommen (Sozialstaat). Zudem bleibt die Versorgung auf vorwiegend monetäre Leistungen beschränkt und ist damit einem Inflationsrisiko ausgesetzt. Es drohen sowohl Ineffizienz als auch Versorgungsdefizite.

Der Grat zwischen Chancen und Risiken der pluralen Vorsorge ist schmal. Die Ungleichheit der individuellen Verfügbarkeit von Ressourcen und

der individuellen Kompetenzen zu deren Mobilisierung wird zu einer unterschiedlichen Verteilung von Chancen führen. Mit anderen Worten: Der Prozeß der Individualisierung der Risikovorsorge wird alte Verteilungsungleichheiten in neue Chancenungleichheiten transformieren.

Eine weitere Konfliktlinie zeichnet sich auf der Ebene der Institutionen ab. Der Abbau sozialstaatlicher Leistungen hat für die Systeme der sozialen Sicherung ambivalente Folgen. Auf der einen Seite hat die daraus resultierende Entlastung der Kassen stabilisierende Effekte. Erst deutliche Leistungskürzungen werden die Ausgaben sinken lassen. Nur auf der Grundlage dieser neuen Balance von Ausgaben und Einnahmen wird wieder Vertrauen in die Zukunft der Sozialsysteme entstehen können. Andererseits wird ein verschlechtertes Beitrags-Leistungs-Verhältnis die Legitimität der Sozialsysteme untergraben. Wenn die Höhe der Sozialbeiträge nicht verringert wird, dann bedeutet plurale Vorsorge auch plurale Belastung. Die Akzeptanz der sozialen Systeme würde vor allem bei den Jüngeren weiter zurückgehen, die neben der größeren Vorsorgebelastung auch die Ungewißheit über das zukünftige Leistungs-niveau zu tragen haben³³.

Die Legitimität des Sozialstaates beruht jedoch nicht nur auf globalen Reziprozitätskriterien im Sinne eines ausgewogenen Beitrags-Leistungs-Verhältnisses. Folgt man der Argumentation von Peter Taylor-Gooby, dann werden die Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat von einem umfassenderen Eigeninteresse bestimmt³⁴. Besondere Attraktivität genießt der bundesdeutsche Sozialstaat bei der Mittelschicht, weil er ihr lange Zeit Wohlfahrtszuwächse, sozialen Aufstieg und Statussicherung garantierte. Drastische Kürzungen im Rahmen einer Reform der sozialen Sicherung könnten auch einige liebgewordene Privilegien der Mittelschicht berühren. Das Interesse am Erhalt des bestehenden sozialstaatlichen Arrangements würde sich unter diesen Umständen vermutlich deutlich abschwächen.

33 Vor dem Hintergrund der Verteilungswirkungen des sozialen Systems lehnt bereits heute die Mehrheit der 18- bis 35jährigen die umfassende kollektive Risikovorsorge ab und favorisiert statt dessen Vorsorgemodelle, die auf die bloße Grundsicherung reduziert sind. Dagegen ist die Mehrheit der Älteren (65 Jahre und älter) für die vollständige Absicherung durch die gesetzlichen Versicherungssysteme (vgl. Forschungsinstitut für Ordnungspolitik [Anm. 21], S. 94 ff.).

34 Vgl. Peter Taylor-Gooby, *The Politics of Welfare: Public Attitudes and Behavior*, in: Rudolf Klein/Michael O'Higgins (Hrsg.), *The Future of Welfare*, Oxford 1985, S. 72–91; zu den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat im internationalen Vergleich vgl. u. a. Steffen Mau, *Ideologischer Konsens und Dissens im Wohlfahrtsstaat*, in: *Soziale Welt*, (1997) 1, S. 17–37.

32 Vgl. Franz-Xaver Kaufmann, *Staat und Wohlfahrtsproduktion*, in: Hans-Ulrich Derlien/Uta Gerhardt/Fritz W. Scharpf (Hrsg.), *Systemrationalität und Partialinteresse*. Festschrift für Renate Mayntz, Baden-Baden 1994, S. 370 ff.

Einen radikalen Sozialabbau wird es im Rahmen des korporatistischen Wohlfahrtsregimes der Bundesrepublik wohl nicht geben. Wahrscheinlicher sind Szenarien, die von einer längeren Phase der Stagnation in der Sozialpolitik ausgehen, in der sukzessive die Sozialleistungen vor allem für soziale Minderheiten beschnitten werden. Diese Prognose wirft Fragen nach der Integrationsfähigkeit des Sozialstaates auf.

Die Systeme der sozialen Sicherung sind als Mechanismen der kollektiven Risikoversorge auch Bestandteil einer großen Umverteilungsmaschinerie. Ressourcen werden von einkommensstarken zu einkommensschwachen Gruppen, von jüngeren zu älteren Menschen, von Erwerbstätigen zu Erwerbslosen und von wohlhabenden in ärmere Bundesländer transferiert. Dieser auf gesellschaftlicher Solidarität beruhende Ausgleich trägt wesentlich zur Integration in der Gesellschaft bei. Der Abbau sozialer Leistungen vermindert die Ausgleichsfunktion des Sozialstaates und schwächt damit sein Inklusionspotential³⁵. Eine Zunahme der Exklusionsrisiken ist zunächst einmal für diejenigen zu erwarten, die in besonderem Maße auf die Leistungen des Sozialstaates angewiesen sind: erwerbs- bzw. mittellose, alleinstehende Hilfebedürftige. Doch wären nicht nur Randgruppen von der schwindenden Integrationskraft betroffen. Die Individualisierung der Risikoversorge würde Tendenzen der Entsolidarisierung verstärken, die letztlich die gesamte Gesellschaft ergreifen.

Gleichzeitig würden sich auf der Ebene von Gemeinschaften jedoch neue Inklusionschancen eröffnen. Die Pluralisierung der Vorsorge könnte gemeinschaftliche Bindungen in privaten Netzwerken oder im Rahmen von Nonprofit-Organisationen aktivieren, ausweiten und stabilisieren helfen. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Es kann in diesem Zusammenhang nicht darum gehen, vormoderne Gemeinschaftsformen wiederzubeleben. Ganz im Gegenteil – soziale Innovationen sind gefragt, die sich in den Rahmen einer modernen Bürgergesellschaft einfügen³⁶.

Das Inklusionspotential von privaten Netzwerken und von freiwilligen Assoziationen sollte aber auch nicht überschätzt werden. Die Zunahme der

räumlichen und sozialen Mobilität in der modernen Gesellschaft hat die Bindungsbereitschaft und die Bindungsfähigkeit der Menschen erodieren lassen. Zudem ist das zivile Engagement in den verschiedenen sozialen Gruppen ungleich ausgeprägt³⁷. Eine Kompensation gesellschaftlicher Exklusionsrisiken durch gemeinschaftliche Inklusionschancen ist also nicht zu erwarten. Vielmehr ist zu befürchten, daß insbesondere Randgruppen doppelt ausgeschlossen werden – von der Gesellschaft und den Gemeinschaften.

Der Abbau von Sozialleistungen und die damit einhergehende Individualisierung der Risikoversorge – soviel sollte deutlich geworden sein – bringen gesellschaftliche Veränderungen mit sich, die weit über die Problematik der sozialen Sicherung hinausreichen. Die plurale Vorsorge eröffnet hier neue Perspektiven der sozialen Sicherung und hält eine Reihe von Chancen bereit: Sie verspricht mehr Autonomie für die Bürger, eine Entlastung des Sozialstaates und die Aktivierung eines gemeinschaftlichen Inklusionspotentials. Dem stehen nahezu spiegelbildlich die Risiken gegenüber: Es drohen Unterversorgung und Autonomieverlust, Legitimitätsverfall und Exklusionsgefahren.

Eine aktive und an ordnungspolitischen Leitlinien orientierte Sozialpolitik könnte helfen, die Risiken und damit die gesellschaftlichen Spannungen zu verringern. Die Politik steckt jedoch in mehreren Zwangslagen. Dilemma 1: Werden die Sozialleistungen für tatsächlich hilfebedürftige Randgruppen gekürzt, vergrößert sich das Exklusionsrisiko für diese sozialen Gruppen. Werden statt dessen Besitzstände der Mittelschicht angetastet, droht dem System Legitimitätsverlust. Dilemma 2: Werden die Sozialleistungen nicht gekürzt, entzieht sich der Sozialstaat selbst seine ökonomische Basis. Wird dagegen zu radikal abgebaut, kommt es zu einer konfliktträchtigen Zunahme von Chancenungleichheiten. Wunder sollten also nicht erwartet werden. Der Abbau von Sozialleistungen wird sich nicht verlust- und konfliktfrei realisieren lassen. Dennoch: Die politischen Parteien müssen einen Konsens über die zukünftige Leistungspalette der Sozialsysteme, die Leistungsniveaus und die Zugangsbedingungen aushandeln und in praktikable Reformvorhaben umsetzen. Erst auf dieser Basis können die Bürger ihre Risikoversorge pluralisieren. Erst auf dieser Basis kann wieder das Vertrauen entstehen, in Zukunft bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit gut gesichert zu sein.

37 Vgl. Helmut K. Anheier/Eckhard Priller/Wolfgang Seibel/Annette Zimmer (Hrsg.), *Der dritte Sektor in Deutschland*, Berlin 1998.

35 Vgl. Franz-Xaver Kaufmann, *Schwindet die integrative Funktion des Sozialstaates?*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 7 (1997) 1, S. 5–19; Niklas Luhmann, *Inklusion und Exklusion*, in: Helmut Berding (Hrsg.), *Nationales Bewußtsein und kollektive Identität: Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit 2*, Frankfurt am Main 1994, S. 15–45.

36 Vgl. Ralf Dahrendorf, *Die Zukunft der Bürgergesellschaft*, in: Bernd Guggenberger/Klaus Hansen (Hrsg.), *Die Mitte: Vermessungen in Politik und Kultur*, Opladen 1993, S. 74–83.

Sind die Deutschen reformscheu?

Potentiale der Eigenverantwortung in Deutschland

Der Bundespräsident stellte in seiner Grundsatzrede vom 26. April 1997 im Berliner Hotel Adlon fest, daß die Deutschen ein *mentales* Problem hätten. Auf die Anforderungen der Informationsgesellschaft und der Globalisierung reagierten sie mit Verunsicherung und Angst, anstatt mit optimistischem Schwung und selbstbewußter Tatkraft die neuen Herausforderungen als Chancen zu begreifen¹. Klaus von Dohnanyi wies darauf hin, daß die Aussicht auf eine neue *Flexibilität* der sozialen Verhältnisse, die von einer sich globalisierenden Informationsgesellschaft erzwungen werde, dem deutschen Sinn für Sicherheit und Berechenbarkeit Probleme bereite. Der Rückgriff auf individuelle Lösungen werde in Deutschland durch ein allzugroßes Organisationsvertrauen behindert. Daher setze man hierzulande eher auf den Staat als Garanten von Berechenbarkeit und Sicherheit als auf die „riskanten“ Früchte der eigenen Initiative².

Die Frage, ob die Deutschen *mental* zu grundlegenden sozialen Reformen bereit und zur Eigenverantwortung und Selbsthilfe fähig sind, ist sicher nicht leicht zu beantworten. Wenn man den einfachen empirischen Zugang wählt und in verschiedenen aktuellen Umfragen des letzten Jahres gestellte *Einstellungsfragen* analysiert, erhält man ein zwiespältiges Bild. Immerhin gibt es eine ganze Reihe ermutigender Aspekte.

Im internationalen Vergleich zum Beispiel verbanden die deutschen Arbeitnehmer Ende 1997 zu 90 Prozent positive Assoziationen mit dem Begriff „Flexibilität“, was immerhin innerhalb der in die Umfrage eines französischen Wirtschaftsmagazins einbezogenen sechs Nationen der zweitbeste Wert nach den US-Arbeitnehmern (mit 93 Prozent) war³. Die Begriffsassoziationen zu „Globalisierung“ polarisieren allerdings die deutschen Arbeit-

nehmer in zu 48 Prozent positiv und 51 Prozent negativ Eingestellte. Eine klare Mehrheit positiv Eingestellter gab es mit 56 Prozent nur in den USA, leichte Mehrheiten in Italien und Großbritannien⁴.

Eine aktuelle Umfrage des Forschungsinstituts für Ordnungspolitik Köln, ebenfalls vom Ende des letzten Jahres, ermittelte ein hohes Maß an grundsätzlicher *Reformbereitschaft* in Deutschland⁵. Die Ergebnisse einer Umfrage, die im August 1997 durchgeführt wurde, gehen noch weiter⁶.

Es wäre jedoch naiv anzunehmen, daß wir heute von einer „freudigen“ Verzichtsbereitschaft auf soziale Standards und auf eigenen Wohlstand in der Bevölkerung reden könnten. Auch kann man schwerlich von einem „drängenden“ Bedürfnis weiter Kreise der Bevölkerung ausgehen, der Staat solle sich aus der gesellschaftlichen Verantwortung zurückziehen und die gesellschaftliche Entwicklung dem freien Spiel der Individuen und Gruppen überlassen. Die rationale Anpassungsfähigkeit der Deutschen an den internationalen Veränderungsdruck wird durch eine vitale sozial-moralische Ideologie konterkariert, die den Deutschen den

4 Die Franzosen waren mit 68 Prozent negativen Assoziationen zur „Globalisierung“ das Schlußlicht der sechs Nationen.

5 Vgl. Forschungsinstitut für Ordnungspolitik, *Die Soziale Marktwirtschaft in der Konsenskrise?*, Köln, Dezember 1997 (befragt wurden 1 165 Deutsche in West und Ost). Es sprachen sich 80,7 Prozent der Deutschen ab 14 Jahre für grundlegende Reformen aus, damit der Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen kann. 77,9 Prozent befürworteten eine Öffnung für den internationalen Wettbewerb und lehnten es ab, daß sich Deutschland vor dem Wettbewerb schützen solle. Leistungsbereitschaft, Flexibilität, Eigeninitiative und Risikobereitschaft wurden zu mehr als 90 Prozent als wichtige Verhaltensweisen genannt, um in unserer Wirtschaftsordnung erfolgreich zu sein.

6 Vgl. IPOS (Institut für praxisorientierte Sozialforschung) Mannheim, *Modell Deutschland? Repräsentative Umfragen der deutschen Wahlbevölkerung* (1 041 West/1 034 Ost) im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Banken, Mannheim. Die Bevölkerung stimmte im breiten Konsens (81 Prozent West, 79 Prozent Ost) der Aussage zu, daß sich Deutschland in Zukunft seinen im internationalen Vergleich hohen sozialen Standard (hohe Löhne, kurze Arbeitszeiten, langen Urlaub etc.) nicht mehr leisten können wird. Daher werden Ausgabenkürzungen und Privatisierungen durch den Staat befürwortet, man selbst ist auch zu Lohnverzicht bereit, wenn dadurch die Arbeitslosigkeit reduziert werden kann.

1 Roman Herzog, *Eine Gesellschaft der Selbständigkeit*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) vom 29. April 1997.

2 Klaus von Dohnanyi, *Im Joch des Profits?*, Stuttgart 1997.

3 Repräsentative Umfrage des Wirtschaftsmagazins „L'Expansion“, Nr. 562 (4.–18. 12. 1997). Es wurden im Oktober/November 1997 6 685 Arbeitnehmer in den USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien befragt. Die Franzosen konnten dem Begriff „Flexibilität“ nur zu 63 Prozent positive Assoziationen abgewinnen.

Liberalismus amerikanischer Prägung suspekt erscheinen läßt⁷.

Wir stellen uns in diesem Artikel die Aufgabe, herauszufinden, welche *mentale* Konstellation „hinter“ den eben zitierten aktuellen Einstellungen der Bevölkerung zur weiteren gesellschaftlichen Entwicklung steht. Dabei interessieren wir uns weniger für die „großen“ Ideologien als für die individuellen Werte, Persönlichkeitsmerkmale und Verhaltensdispositionen, die mehr oder weniger an der Schnittstelle zur praktischen Lebensbewältigung zu finden sind, weil wir davon ausgehen, daß diese für die aktuelle und zu erwartende Lebensgestaltung der Menschen wesentlich relevanter sind⁸.

I. Eigenverantwortung als zentraler Wert der Zukunft

Die meisten aktuellen Gesellschaftsanalysen gehen davon aus, daß „Eigenverantwortung“ der entscheidende Baustein oder Grundwert einer zukunftsfähigen Mentalität ist, die es den Menschen ermöglicht, sich in der Informationsgesellschaft und unter den Gegebenheiten der Globalisierung zurechtzufinden und sozialen Erfolg zu sichern.

Unter Mentalität soll hier die Summe der psychischen Potentiale eines Volkes, einer Gruppe oder von Individuen verstanden werden. Mentalität ist immer ein Mix aus bereits vollzogener Anpassung an die Lebensverhältnisse und aktiver Impulsgebung. Im günstigsten Fall ergänzen sich pragmatische und sinnvolle *Anpassung* sowie aktives und expansives *Lebensengagement* wechselseitig, so daß daraus sogar Synergieeffekte entstehen können.

Der Wert *Eigenverantwortung* kann als ein Mix verschiedener Optionen verstanden werden: Der Wortteil „eigen“ verweist auf das *Ego* des Individuums, mit den Facetten der intellektuellen und gefühlsmäßigen Entfaltungsbedürfnisse, dem Bedürfnis nach Unabhängigkeit – bis hin zum Egoismus. Die *Verantwortung* zieht dem Individualismus jedoch Grenzen; sie zielt auf die *Zurechenbarkeit* der Gedanken und Handlungen zum Individuum, das für diese einstehen muß. Das Individuum muß sich an bestimmten externen, definierten und gültigen *Maßstäben* messen lassen. Das so verstandene Kompositum der Eigenverant-

wortung entzieht dem Individuum die Möglichkeit, bei Risiken sofort nach weitgehender Absicherung oder bei Mißerfolgen nach der Soforthilfe der Gruppe oder des Staates zu rufen.

Das breite Vorhandensein des Wertes „Eigenverantwortung“ kann als ein gutes mentales Polster bei der Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft angesehen werden. Die realistische Gesellschaftsanalyse geht davon aus, daß Komplexität und Flexibilität der modernen Informationsgesellschaft deutlich zugenommen haben und weiter zunehmen werden. Die Fähigkeit des Staates und der Großbürokratien zur *direkten* Globalsteuerung der Gesellschaft war vermutlich nie besonders hoch, und sie nimmt weiter ab. Steuerungsleistungen – zunächst das eigene Leben betreffend – müssen noch mehr von den Individuen und ihren Kleingruppen vollbracht werden. Vermittelt über die indirekten Wirkungen individuellen Handelns und die freie Selbstorganisation der Individuen, ist eine neue flexiblere Qualität gesellschaftlicher Entwicklung denkbar, die auch ein höheres Maß an internationaler Anpassungsfähigkeit gewährleistet. Politik und Bürokratie müssen dabei ebenfalls flexibler werden; sie bleiben aber unbedingt als ordnende Hände und Garanten der Ordnung gefragt, als (zwar bescheidenere, dafür aber zielgenauere) Absicherer von Lebensrisiken sowie als Förderer der Infrastruktur und des Humankapitals der Gesellschaft. An die Stelle von autoritär oder human motivierter *Fürsorglichkeit* wird allerdings zunehmend eine *Anreiz- und Sanktionsstruktur* treten, die viel mehr als bisher eigenverantwortliche Aktivität belohnt und apathische bzw. sorglose Passivität bestraft⁹.

Das skizzierte gesellschaftliche Szenario und die unter diesen Bedingungen unabdingbare Mentalität der Eigenverantwortung widersprechen dem menschlichen Sicherheitsbedürfnis und dem Bedürfnis nach Entlastung von Streß – Bedürfnisse, die im Konzert der menschlichen natürlichen Grundbedürfnisse eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Da jedoch der soziale Druck global in Richtung der Ausprägung einer Mentalität der Eigenverantwortung geht, kann man realistisch nur die günstigsten Bedingungen bestimmen, die es – zum Beispiel durch entsprechende gesellschaftliche oder pädagogische Leit-

7 Vgl. Renate Köcher, Reformen und Humanität. Dokumentation eines Beitrages in der FAZ vom 12. November 1997.

8 Allerdings halten wir auch die Untersuchung der sozialen Ideologien für eine lohnenswerte Forschungsaufgabe.

9 Diese aktuelle Gesellschaftsanalyse mit ihren Trends, Anforderungen und ordnungspolitischen Konsequenzen kann hier nur kurz angedeutet werden. Eine ausführliche Darstellung der Position, die der Speyerer Werteforschung zugrunde liegt, findet sich bei Helmut Klages, Gesellschaftlicher Wertewandel in der Bundesrepublik als Bezugspunkt der Ordnungspolitik, in: Hans-Günther Schlotter (Hrsg.), Ordnungspolitik an der Schwelle des 21. Jahrhunderts, Baden-Baden 1997.

bilder – erleichtern, dieses Muster möglichst früh und tief in den Köpfen und Herzen der Menschen zu verankern. Eine neu geschaffene gesellschaftliche „Normalität“ und bestimmte, durch Sozialisation erworbene und im Lebenslauf erprobte Fähigkeiten der Lebensbewältigung erleichtern es dem einzelnen, die Werthaltung der Eigenverantwortung einzunehmen – sich eigenverantwortlich zu verhalten.

Es ist davon auszugehen, daß der Wert Eigenverantwortung im angelsächsischen Kulturkreis wesentlich tiefer verankert ist als in unserer kontinentaleuropäischen Kultur. Dazu muß man sich vergegenwärtigen, daß sich in (West-)Deutschland seit den siebziger Jahren zunehmend eine neue kulturelle *Ideologie* der streßfreien, kreativen Selbstentfaltung etabliert hatte – unter anderem als Folge der öffentlichen und kulturellen Präsenz eines eher „romantischen“ Strangs des *Wertewandels*. Nach der internationalen Wertestudie von 1990¹⁰ waren für drei Viertel der Westdeutschen Selbständigkeit und Unabhängigkeit für die Erziehung von Kindern besonders wichtig. „Gehorsam“, „hart arbeiten“ und „Selbstlosigkeit“, die verschiedene Aspekte der Anpassungsfähigkeit und Selbstkontrolle tangieren, wurden relativ wenig genannt. Die Deutschen hatten sich in ihren *Erziehungsleitbildern* zum großen Teil auf die Seite eines neuen, idealistischen Individualismus geschlagen¹¹. Anders war und ist dies zum Beispiel in den USA – dort werden die Erziehungs Ideale Selbständigkeit und Anpassung etwa gleich gewichtet (ähnlich auch in Großbritannien)¹².

II. Der Wert „Eigenverantwortung“

Uns soll zunächst interessieren, inwieweit der in der *Ideologie* der Westdeutschen seit den siebziger Jahren erfolgte Paradigmawechsel zum idealistischen Individualismus die alltagspraktischen Lebenswerte der Bevölkerung tatsächlich geprägt

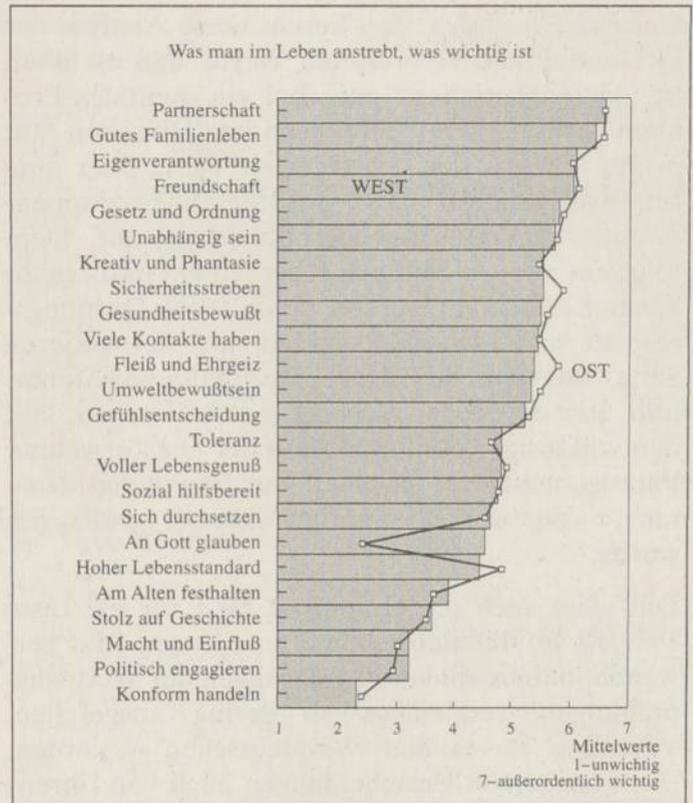
10 Vgl. Paul M. Zulehner/Hermann Denz, *Wie Europa lebt und glaubt. Europäische Wertestudie*, Düsseldorf 1994.

11 Die dramatischen Veränderungen der deutschen *Erziehungsziele* seit den sechziger Jahren müssen sicher in einem komplexen Modell erklärt werden, innerhalb dessen unter anderem die Nachkriegsprosperität, die zunehmende soziale Absicherung und die „ideologische“ Bewältigung des deutschen Faschismus eine wichtige Rolle spielen.

12 Vgl. Helmut Klages, *Wertedynamik in den USA*, in: *Europa und speziell in Deutschland*, in: *Das Parlament* vom 18. April 1997.

hat und welche neueren Entwicklungen wir in letzter Zeit beobachten können. Wir greifen dabei auf Daten des *Speyerer Wertesurveys* zurück, den wir im Frühsommer 1997 bei 2 000 Personen West und 1 000 Personen Ost ab 18 Jahren in Deutschland durchgeführt haben¹³. Besondere Aufmerksamkeit haben wir auf die Erfassung von Wertorientierungen gelegt, deren Entwicklung wir nunmehr seit 1987/88 für die Westdeutschen bilanzieren können.

Graphik 1: Wertorientierungen 1997



Quelle: Wertesurvey 1997.

Unsere empirische Wertemessung zielte auf die Abbildung zentraler Merkmale der menschlichen Persönlichkeit, die die ganze Bandbreite des Lebens betreffen. Wir fragen danach, was den Menschen *wichtig* ist, was sie im Leben *anstreben* (Graphik 1). Für den Zweck unserer Untersu-

13 Der Wertesurvey 1997 wurde nach einem Pretest durch Interviewer des Institutes Infratest Burke anhand einer deutschsprachigen mehrfach geschichteten und mehrstufigen Zufallsstichprobe durchgeführt. Sie ist Teil des Projektes „Wertewandel in Deutschland in den neunziger Jahren“, das am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer unter der Leitung von Helmut Klages durch den Autor durchgeführt wird. Das Projekt wird von Januar 1995 bis März 1999 durch die Fritz Thyssen Stiftung und die Robert Bosch Stiftung finanziert. Zum Speyerer Wertekonzept und zur Speyerer Werteforschung vgl. Helmut Klages, *Werte und Wertewandel*, in: Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf, *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, Opladen 1998.

chung ist es ein Glücksfall, daß wir „in weiser Voraussicht“ erstmals in einem gesamtdeutschen Survey auch die Werthaltung „Eigenverantwortlich leben und handeln“ bewerten ließen, die nunmehr unser Indikator für die Verankerung des Wertes „Eigenverantwortung“ sein soll.

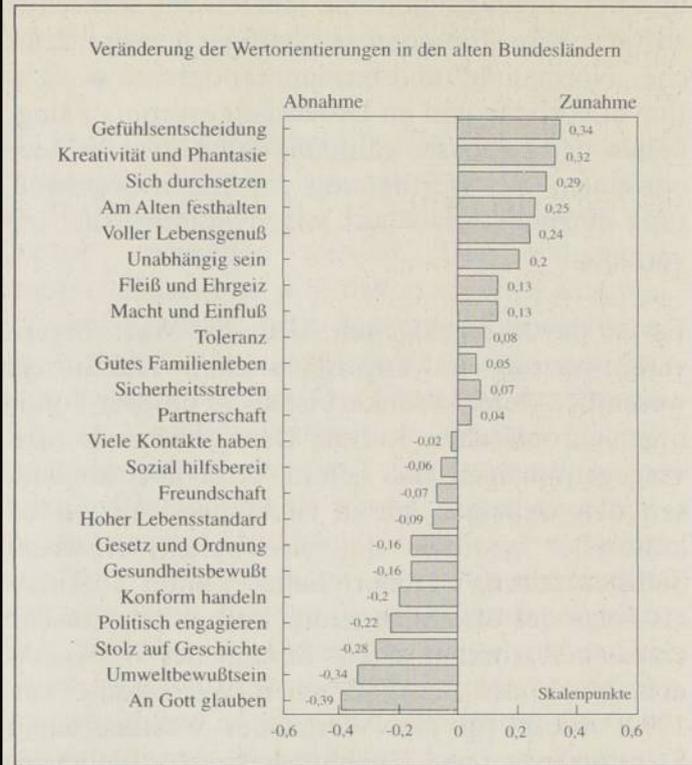
Wie Graphik 1 zeigt, wird der Wert „Eigenverantwortung“ von der Bevölkerung in West und Ost hoch geschätzt. Er ist der einzige Lebenswert unter den dominierenden privaten Werten „Gutes Familienleben“, „Vertrauensvolle Partnerschaft“ und „Gute Freunde haben“.

Unseres Erachtens zeigt bereits diese Analyse der in Deutschland verbreiteten Werte, daß es falsch ist, „den Deutschen“ pauschal ein mentales Problem zuzuschreiben¹⁴. Bei genauem Hinsehen fällt in der Gruppe der favorisierten Werte eher eine Mix-Konstellation aus privater Kleingruppenorientierung und Eigenverantwortung auf. Dem folgt ein zweiter Mix aus Kreativitäts- und Unabhängigkeitsstreben auf der einen sowie Ordnungsrespekt und Sicherheitsstreben auf der anderen Seite. Das typische Bild neuerer deutscher Mentalität, das wir in der Graphik vor uns haben, läßt den vorläufigen Schluß zu, daß der oben erwähnte Paradigmawechsel innerhalb der Erziehungsideale nicht von der Gesamtbevölkerung vollzogen wurde.

Das zeigt auch die Graphik 2. Seit wir die Liste 1987/88 in Westdeutschland zum ersten Mal verwendet haben, sind die Änderungen der Wertausprägungen vergleichsweise gering ausgefallen. Wichtiger ist es den Westdeutschen geworden, „sich bei seinen Entscheidungen auch von (ihren) Gefühlen leiten zu lassen“, ihre „eigene Phantasie und Kreativität zu entwickeln“ und ihre „Bedürfnisse gegen andere durchzusetzen“. Zurückgegangen ist dagegen vor allem die persönliche Wichtigkeit des Gottesglaubens. Generell scheint die Zunahme des *Individualismus* (intellektuell, gefühlsmäßig oder „robust“) die erklärende Klammer für die nicht allzu dramatischen Veränderungen der Mittelwerte in der westdeutschen Bevölkerung in den letzten zehn Jahren zu sein.

14 Auch das ständige Herumreiten auf der sogenannten „German Angst“ nützt eher den anglo-amerikanischen Konkurrenten beim „Herunterreden“ des deutschen Standortes. In der zitierten IPOS-Umfrage waren nämlich 92 Prozent der Westdeutschen und 82 Prozent der Ostdeutschen mit ihrem Leben zufrieden, und jeweils 71 Prozent bzw. 74 Prozent schauten optimistisch in die Zukunft. Welche Angstlücke (Klages) negativistische Medien und manche daherredende Meinungsführer erzeugen, zeigt sich daran, daß nur 41 Prozent der Westdeutschen und 35 Prozent der Ostdeutschen in der gleichen Umfrage glaubten, daß auch die meisten anderen Deutschen zufrieden wären und nur jeweils 29 Prozent bzw. 34 Prozent, die meisten anderen wären optimistisch.

Graphik 2: Wertveränderungen 1987/88 – 1997



Quelle: Wertesurvey 1997 (N=2 000),
Werte-Bus 1987/88 (N=5 800)

III. Das Verständnis von Eigenverantwortung

1. Alle Befragten

Wir wollen nun herausarbeiten, was die Deutschen unter Eigenverantwortung verstehen, welchen Bedeutungsgehalt sie damit assoziieren. Was hinter der Hochschätzung des Wertes „Eigenverantwortung“ steht, läßt in einem ersten Schritt bereits die sozialstatistische Analyse erahnen. Die Eigenverantwortung wird in allen sozialen Großgruppen geschätzt: bei Männern und Frauen, bei jüngeren und älteren Menschen, in Ost und West. Aber es gibt auch Differenzen (auf relativ hohem Niveau). In den unteren sozialen Schichten und Bildungsgruppen hat Eigenverantwortung eine geringere persönliche Wichtigkeit, in den oberen eine größere. Ungelernte und angelernte Arbeiter, Landwirte, aber auch Arbeitslose betonen Eigenverantwortung weniger; leitende Angestellte, Selbständige und vor allem Freiberufler betonen diese besonders stark. Die unterschiedliche Bewertung erklärt sich aus verschiedenen beruflichen und Erwerbssituationen sowie aus der sozioökonomischen Situation (soziale Schichtung, selbständige oder abhängige Tätigkeit, Arbeitslosigkeit), ferner aus Modernisierungsvorsprüngen (Bildung, höhere Angestellte und Beamte), wobei sich bei den (zum

Teil akademischen) Freiberuflern solche Merkmale oft überlappen. Letztere schätzen Eigenverantwortung zu 73 Prozent als „außerordentlich wichtig“ ein, gegenüber 42 Prozent in der Gesamtbevölkerung (wenn nur der Skalenpunkt 7 der 7er Skala von „unwichtig“ bis „außerordentlich wichtig“ betrachtet wird).

Bei der „Destillation“ des Assoziationsgehaltes des Wertes „Eigenverantwortung“ haben wir ein indirektes Verfahren gewählt: In sogenannten multiplen Regressionen¹⁵ haben wir die Einflüsse der 23 anderen Wertorientierungen (vgl. Graphik 1) auf den Wert Eigenverantwortung überprüft. Diese Ergebnisse können hier – aus Platzgründen – nur zusammengefaßt wiedergegeben werden.

Betrachtet man unsere Ergebnisse für *alle Befragten*, dann werden zwei dominante Einflußgrößen auf die Hochschätzung von Eigenverantwortung sofort erkennbar. Das ist zum einen „*Eigene Phantasie und Kreativität entwickeln*“, zum anderen „*Unabhängig sein*“. Diesem doppelten Individualismus entspricht auch eine *nonkonforme* Tendenz, die sich in der leicht negativen Kopplung zu der Vorgabe „Das tun, was die anderen auch tun“ (Konformismus) zeigt.

Von den *privaten* Werten beeinflussen die Werte „Gute Freunde haben“ und „Vertrauensvolle Partnerschaft“ den Wert „Eigenverantwortung“ positiv, der Wert „Gutes Familienleben“ beeinflusst ihn leicht positiv. Weiterhin wirken sich die Wertkomponenten „Toleranz“ und der „robuste“ Individualismus („Seine Bedürfnisse durchsetzen“) verstärkend auf das Vorhandensein von Eigenverantwortungswerten aus. Interessanterweise beeinflusst jedoch auch das Vorhandensein des *Ordnungsrespektes* („Gesetz und Ordnung respektieren“) die Hochschätzung von Eigenverantwortung positiv.

Das Vorhandensein des Wertes „Eigenverantwortung“ läßt sich recht gut aus einem Kompositum von Hintergrundmotiven erklären: Zum einen ist Eigenverantwortung doppelt individualistisch bestimmt, sowohl intellektuell-individualistisch als auch autonom-individualistisch. Zum anderen beinhaltet das Verständnis von Eigenverantwortung auch den Respekt vor externen Standards (Ordnung) und die Hochschätzung sozialer Mikroverbände, vor allem von Partnerschaft und Freundeskreis. Diese Grundstruktur zeigt eine nicht unerhebliche Verwandtschaft mit dem bereits skiz-

15 Die Multiple Regression soll uns eine Art Prognose ermöglichen, wobei das theoretische Modell leitend ist, daß aus dem Vorhandensein beispielsweise des Wertes „Kreativität“ oder „Unabhängigkeit“ der Wert „Eigenverantwortung“ mit einer statistisch sicheren Wahrscheinlichkeit vorhersagbar ist.

zierten Anforderungsprofil der Eigenverantwortung.

Der Kompositumcharakter der Eigenverantwortung zeigt sich auch in ihren *Hauptkomponenten* (Kreativität und Unabhängigkeit), wenn man diese jeweils wiederum aus den verbleibenden 22 Werten erklärt. Die *Kreativität* hat sehr enge Assoziationen zum sozialen und politischen Engagement, zum Umweltbewußtsein, zur Kontaktfreude und zur Gefühlsbetonung (bei eventuell anfallenden Entscheidungen). Sie hat andererseits ein *kritisches* Verhältnis (negative Kopplung) zur *Tradition* (Indikator: „Am Althergebrachten festhalten“).

Unabhängigkeit ist dagegen weniger *wertgestützt*. Wenn sie mit anderen Werten einhergeht, dann besonders eng mit Wünschen nach Bedürfnisdurchsetzung, nach vollem Lebensgenuß und hohem Lebensstandard (also mit Dingen, die man im „höheren Sinne“ nicht unbedingt als Werte bezeichnen würde). Sie enthält jedoch auch eine eher *konventionelle* Komponente, nämlich eine deutliche Beziehung zum Wert „Gutes Familienleben“ und eine leichte zum „Stolz auf die deutsche Geschichte“.

2. Verschiedene soziale Gruppen

In allen Gruppen der Bevölkerung – so unsere Ergebnisse – stehen zumindest die Hauptkomponenten bei der Erklärung von Eigenverantwortung – Kreativität und Unabhängigkeit – an der Spitze, es herrscht also ein ähnliches Grundverständnis vor. Allerdings variiert die *Gewichtung* dieser Komponenten, und es gibt gelegentlich *Konkurrenz* von anderen Komponenten, oder es mischen sich *Nebenkomponenten* in das Verständnis und die Motivation von Eigenverantwortung ein. Das war aufgrund der unterschiedlichen Lebenslagen auch zu erwarten. Nicht unbedingt vorherzusehen war die ermittelte grundsätzliche Homogenität der Hauptkomponenten bei West- und Ostdeutschen, Jüngeren und Älteren, Männern und Frauen sowie in den sozialen Schichten.

Diese Homogenität wird erst bei einer weiteren Gruppenspezifizierung bei vier ostdeutschen Gruppen durchbrochen: bei jüngeren Menschen, Frauen sowie Menschen, die sich in die mittlere und untere soziale Schicht einstufen. In der mittleren Schicht, bei jungen Leuten und Frauen aus den neuen Ländern ist der Wert „*Fleiß und Ehrgeiz*“ sogar am erklärungskräftigsten für die Hochschätzung von Eigenverantwortung. Wir interpretieren das so: Der Leistungswille scheint in diesen Gruppen so stark zu sein, daß er das rein individualistische Moment innerhalb der Eigenverantwortung leicht überlagert, welches allerdings dennoch kräf-

tig mitwirkt¹⁶. In der östlichen unteren Schicht rückt dagegen der Wert der Unabhängigkeit deutlich in den Hintergrund, wenn es um Eigenverantwortung geht, dafür werden besonders stark die *Gefühle* bei der eventuellen Entscheidungsfindung betont.

Betrachtet man die gesamte ostdeutsche Stichprobe, dann fällt die gegenüber den zwei Hauptkomponenten des Individualismus nahezu gleichwertige Betonung des eher konventionell gefärbten Leistungswertes „Fleißig und ehrgeizig“ auf. Weiterhin übt der Wert der Gefühlsbetonung im Vergleich zum Westen einen ungewöhnlich kräftigen Einfluß auf das Verständnis von Eigenverantwortung aus. Fast scheint es so, als ersetze der Leistungswert im Osten gegenüber dem Westen die externe Kontrollfunktion von „Ordnung und Sicherheit“. Es zeigt sich auch, daß die *nonkonformistische* Tendenz im Verständnis von Eigenverantwortung eigentlich aus dem Westen stammt und hier vor allem auf die *jüngeren* und die *männlichen* Befragten zurückgeht. Im Osten gibt es dagegen eher ein leicht antimaterielles Verständnis von Eigenverantwortung, das dort vor allem von den *älteren* Menschen gepflegt wird (statistisch knapp über der Signifikanzgrenze tritt das Phänomen auch in der östlichen mittleren Schicht auf). Eine gewisse Art von „Nonkonformismus“ tragen auch die jüngeren Ostdeutschen und die mittlere Schicht des Ostens zur Schau, die sich in der negativen Kopplung von Nationalstolz und Gottesglauben mit Eigenverantwortung zeigt.

Bei den jungen Menschen in den neuen Ländern spielt interessanterweise im Zusammenhang der Eigenverantwortung auch das „Gute Familienleben“ eine besondere Rolle, bei den jungen Menschen in den alten Ländern dagegen die „Partnerschaft“.

Die für Ostdeutschland ermittelte Konstellation wirkt insgesamt robuster und bodenständiger als die westdeutsche, die eine intellektuell-nonkonformistischere Färbung aufweist – insbesondere bei den jüngeren Westdeutschen. Im Vergleich von Männern und Frauen fällt auf, daß der Einfluß von *Gesetz und Ordnung* (Akzeptanz des externen Ordnungsrahmens) besonders auf das Verständnis von Eigenverantwortung von Männern zurückgeht, während bei den Frauen das *Sicherheitsstreben* eine wichtige Rolle spielt. Einem gewissen

16 Die Verknüpfung von Individualismus und Konventionalismus über Arbeits- und Leistungswerte ist ein ostdeutsches Phänomen, das sich auch anderweitig nachweisen läßt und bereits im ostdeutschen Erziehungsstil angelegt ist. Vgl. Thomas Gensicke, Deutschland am Ende der Neunziger – Folgen der Wiedervereinigung und Globalisierung, in: Deutschland Archiv, 31 (1998) 1.

„Ordnungskonservatismus“ bei den Männern steht eine „Sicherheitsideologie“ der (vor allem älteren, westdeutschen) Frauen gegenüber. Die *ostdeutschen Frauen* betonen allerdings im Zusammenhang mit Eigenverantwortung weniger die Sicherheit und mehr das „Gute Familienleben“. Eine erhöhte Bedeutung von Sicherheit für das Verständnis von Eigenverantwortung findet sich auch in der westdeutschen unteren Schicht, aber in keiner der betrachteten ostdeutschen Gruppen.

Ein sehr prägnantes Bild von Eigenverantwortung entwickelt die *obere Schicht*; in dieser Gruppe gibt es hauptsächlich Westdeutsche. Die Interpretation von Eigenverantwortung bringt in dieser hinsichtlich der Lebensbedingungen „privilegierten“ Gruppe einen ausgeprägten *Nonkonformismus* und eine deutliche Ablehnung der *Sicherheitsideologie* mit sich, die von einer fast emphatischen Betonung der Unabhängigkeit begleitet wird. (Außerdem spielen Familie und Freunde eine wichtige Rolle sowie der hohe Lebensstandard.) Da Eigenverantwortung in dieser Gruppe ohnehin sehr hoch geschätzt wird, spiegelt sich im Verständnis von Eigenverantwortung der (stark wertgestützte) Lebensstil einer gehobenen Gesellschaftselite von Freiberuflern, Unternehmern und leitenden Angestellten wider.

IV. Trendbestimmung und Prognose

Unsere ersten Analyseschritte haben ergeben, daß das mentale Potential der Eigenverantwortung in Deutschland rein quantitativ sehr groß ist. *Qualitativ* entspricht es auch schon recht gut den Anforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung.

Läßt sich für die konstatierte mentale Konstellation der Eigenverantwortung in Deutschland eine zeitliche Entwicklung nachweisen und eine Prognose stellen? Uns steht eine Methode zur Verfügung, in bezug auf den Wert Eigenverantwortung zumindest indirekt einen Trend zu bestimmen und die Grundlage für eine Prognose gewinnen. Das Verbindungsglied soll die Speyerer Wertetypologie sein, die wir in dieser Zeitschrift bereits 1996, allerdings nur bis zum Jahre 1993, vorgestellt haben¹⁷.

Wir hatten bereits eine Differenzierung der Werte vorgenommen, die eher *individualistisch* (Kreativität, Unabhängigkeit, Durchsetzung) und eher *konventionell* (Ordnung, Sicherheit, Leistung)

17 Vgl. Thomas Gensicke, Sozialer Wandel durch Modernisierung, Individualisierung und Wertewandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/96.

gefärbt sind, sowie der Werte, die auf die privaten Mikrogruppen von Familie, Partnerschaft und Freundschaft bezogen sind (vgl. Graphik 1)¹⁸. Als sinnvolles und trennscharfes Unterteilungsraster verwenden wir bereits seit 1987/88 die drei Wertedimensionen *Konventionalismus* („Gesetz und Ordnung respektieren“; „Nach Sicherheit streben“; „Fleißig und ehrgeizig sein“), *Hedonismus und Materialismus* („Die guten Dinge des Lebens in vollen Zügen genießen“; „Seine Bedürfnisse gegen andere durchsetzen“; „Einen hohen Lebensstandard haben“) sowie *Selbstentfaltung und Engagement* („Seine eigene Phantasie und Kreativität entfalten“; „Sich politisch engagieren“; „Sozial Benachteiligten und gesellschaftlichen Randgruppen helfen“). Die erste Dimension bündelt verschiedene Werte, die in den verschiedenen Gruppen das Verständnis von Eigenverantwortung in *konventioneller* Hinsicht mehr oder weniger beeinflussen. Die zweite Dimension faßt die Werte des *robusten Individualismus* zusammen, der ebenfalls in das Verständnis von Eigenverantwortung einging, die dritte vereinigt die ebenfalls erklärungskräftigen *idealistisch-intellektuellen* Individualismuskomponenten.

Diese Wertedimensionen können durch verschiedene Individuen sehr unterschiedlich *gewichtet* werden. Nach allem, was wir bis jetzt wissen, können wir die empirische Hypothese aufstellen, daß das gemeinsame Auftreten aller drei Dimensionen auch am günstigsten für das Vorhandensein des Wertes Eigenverantwortung sein müßte. Unsere Quantifizierung, die wir in den alten Ländern über vier Meßpunkte bis in die Jahre 1987/88 zurückführen können, soll unser indirektes Vehikel zur Trendbestimmung und zur Prognose sein. Wir sind dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß die Konstellation, in der alle drei Wertedimensionen hoch ausgeprägt sind und die wir *Aktive Realisten*¹⁹ nennen, in der Tat die größte ist und daß sie bis zum Jahre 1997 auch expandierte. Die Aktiven Realisten sind allerdings mit einem Anteil von 36 Prozent an der gesamten westdeutschen Bevölkerung noch weit von einer „absoluten Mehrheit“ entfernt. Aufschlußreich ist der direkte innerdeutsche Vergleich: In Ostdeutschland gibt es deutlich mehr

Aktive Realisten als im Westen, insbesondere auch in der jüngsten Altersgruppe. Dagegen kommt in Westdeutschland sowohl bei jüngeren als auch älteren Befragten die Konstellation *Non-konforme Idealisten* stärker vor, die auf einseitig intellektuell-idealistische Selbstentfaltung unter Hintanstellung der Konvention setzen. Diese Konstellation ist vor allem für jene sogenannte neue Mittelschicht typisch, die zugleich Akteur und Profiteur der Modernisierung westdeutscher Prägung war und somit das idealistisch-individualistische Wertemuster des Paradigmawechsels der siebziger Jahre besonders stark verinnerlicht hat (vgl. Tabelle 1)²⁰.

Tabelle 1: Wertetypen in Westdeutschland 1987/88 bis 1997

	Alle	Konventiona- listen	Resi- gnierte	Realisten	Hedo- materia- listen	Ideali- sten
<i>Alle Befragten</i>						
1987/88	100	25	14	30	14	17
1990	100	20	14	32	15	19
1993	100	17	15	33	18	17
1997	100	18	16	36	14	16
<i>18- bis 30jährige</i>						
1987/88	100	14	13	30	18	25
1990	100	9	13	29	23	26
1993	100	10	10	34	31	15
1997	100	7	15	38	22	18

Quelle: Werte-Bus 1987/88 (N = 5 800), 1990 (N = 1 700), SOEP-West 1993 (N = 6 800), Wertesurvey 1997 (N = 2 000); teilweise Neuberechnungen, Angaben in Prozent.

Was bedeuten die Trends der Wertetypen nun für die Konjunktur des Wertes Eigenverantwortung? Entscheidend ist, daß sich 64 Prozent der Realisten im Westen und 61 Prozent der (deutlich stärker vorhandenen) Realisten des Ostens in außerordentlich hohem Maße zur Eigenverantwortung bekennen, was unsere Vorhersage bestätigt²¹. Insofern kann man die Prognose wagen, daß ein weiter anhaltender Trend zum *Aktiven Realismus* auch eine weitere Ausbreitung des Wertes Eigenverantwortung fördern sollte.

Es sind insbesondere die jungen Leute, die diesen Trend bestimmen. Nach einem heftigen „Flirt“ mit dem hedonistischen Materialismus und einer erdrutschartigen Abwendung vom nonkonformen Idealismus, insbesondere zwischen den Meßzeit-

18 Wegen des recht hohen Grades an Konsens der privaten Werte benutzen wir diese (Familie, Partner, Freunde) nicht zur Unterscheidung in bestimmte Wertetypen, ähnlich verfahren wir auch beim Wert Unabhängigkeit, der ebenfalls ein recht hohes Maß an Verbindlichkeit aufweist.

19 Aktive Realisten haben unter allen Wertetypen das höchste und am breitesten ausgerichtete Aktivitätsniveau und entwickeln ein unideologisches, lebenspraktisches („realistisches“) Weltbild; daher „Aktive Realisten“. Hedomaterialisten sind auch ein „unideologischer“ Typ, aber im Gegensatz zu den Realisten an öffentlichen Dingen desinteressiert, wenn diese ihr Hauptziel „Lebensgenuß auf guter materieller Basis“ nicht tangieren.

20 Zu den innerdeutschen Werteunterschieden vgl. Th. Gensicke 1998 (Anm. 16).

21 In einer kürzlichen Befragung der Mitarbeiter der Verwaltung einer Landeshauptstadt in den alten Ländern haben wir sehr ähnliche Ergebnisse gemessen.

punkten 1990 und 1993²², geht die Entwicklung bei den jungen Leuten im Westen nun eindeutig in Richtung aktiver Realismus (im Osten war sie bereits erfolgt). Auch das rechtfertigt die Prognose, daß das Werteklima im Moment für die Ausprägung von Eigenverantwortung günstig ist. Es ist allerdings zu vermuten, daß in den letzten Jahren weniger eine *quantitative* Ausdehnung des Wertes „Eigenverantwortung“ stattgefunden hat, sondern eher eine *qualitative* „Modernisierung“ des Verständnisses davon. Darauf deutet das „Abschmelzen“ der *Konventionalisten* und das Wachstum der *Realisten* hin²³.

V. Eigenverantwortung und Persönlichkeitsstärke

Im nächsten Abschnitt wollen wir analysieren, ob die hohe Schätzung des Wertes „Eigenverantwortung“ auch die gewünschten Folgen für die praktische Lebensbewältigung hat. Wir hatten angedeutet, daß eigenverantwortlich handelnde Individuen kompetent, robust und selbstbewußt mit der Wirklichkeit umgehen sowie offen und flexibel ihre Lebenschancen wahrnehmen und ergreifen können sollten.

In einem ersten Schritt wollen wir uns den allgemeinen psychischen Persönlichkeitsmerkmalen einer „Gesellschaft der Eigenverantwortlichen“ zuwenden. Dazu haben wir eine Liste von Fähigkeiten aufgestellt, die sich die Befragten auf einer Skala von 1 („trifft überhaupt nicht zu“) bis 7 („trifft voll und ganz zu“) zuschreiben sollten oder nicht. Es ist der Versuch, das Vorhandensein der heute breit diskutierten und geforderten psychischen Dispositionen für den Erfolg in einer flexiblen Informationsgesellschaft zu überprüfen. Die Liste enthält zum Beispiel die Disposition zur Teamfähigkeit, zur internalen Zuschreibung von Mißerfolgen und zur Selbstkontrolle. Gefragt

wurde nach Kommunikativität und Empathie, nach intellektueller Kompetenz, Erfolgs- und Zielorientierung, nach der Belastungsresistenz, Frustrationstoleranz, Innovations- und Verbesserungsfreude, aber auch nach persönlicher Standfestigkeit, Konfliktfähigkeit und nach der Fähigkeit, „sich gut zu verkaufen“.

Gemessen an diesem sehr anspruchsvollen „Persönlichkeitsinventar“ stellt sich die deutsche Bevölkerung im Durchschnitt (gedämpft) positiv dar. Eine besonders gute Selbstbewertung wird bei der Teamfähigkeit („Ich kann gut mit anderen zusammenarbeiten“) und der Fähigkeit erzielt, zwischen Wichtigem und Unwichtigem unterscheiden zu können; relativ schwach ist die „Performance“ bei der Fähigkeit, „sich gut zu verkaufen“, zum Teil auch bei der Konfliktfähigkeit²⁴.

Das ganze Konstrukt, das wir nach der Idee von Elisabeth Noelle-Neumann als *Persönlichkeitsstärke* bezeichnen, hat eine hohe interne Konsistenz. Die Merkmale der Persönlichkeitsstärke sind – wie die beiden Kurven in Graphik 3 zeigen – von großer Bedeutung für die eigenverantwortliche Lebensbewältigung. Diejenigen 42 Prozent der Bevölkerung, die Eigenverantwortung für sich selbst als „außerordentlich wichtig“ eingestuft haben (wir haben sie „High-Performer“ genannt), erzielen auch bei den Mittelwerten der psychischen Kompetenzmerkmale deutlich höhere Werte.

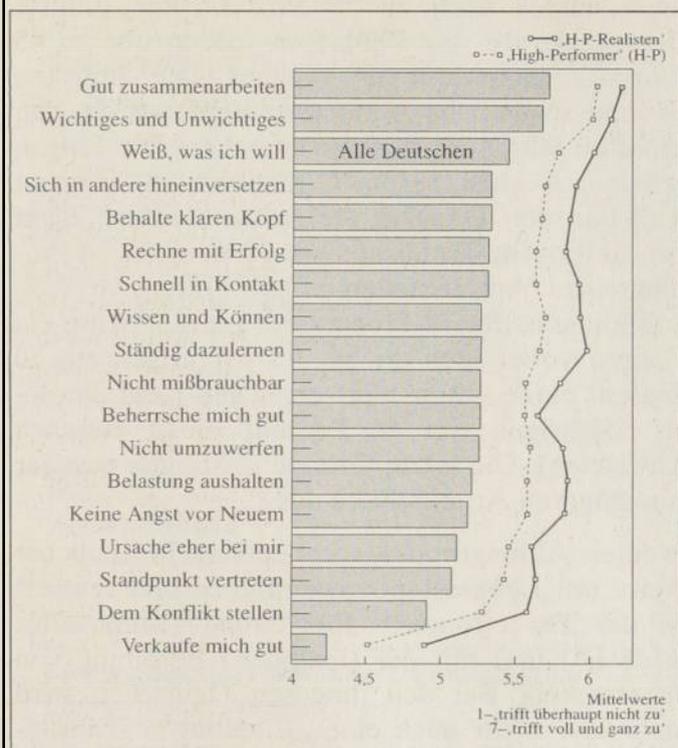
Der Effekt wird noch einmal außergewöhnlich gesteigert, wenn man nur jene mehr als 60 Prozent der *Aktiven Realisten* herausgreift, die Eigenverantwortung außerordentlich hoch schätzen (sogenannte „High-Performer-Realisten“, kräftige Linie in Graphik 3). Diese Gruppe überwindet besonders deutlich gewisse Schwächen der deutschen Population, indem Konfliktfähigkeit, Innovativität und Belastungsresistenz weit über die deutschen Durchschnittswerte hinaus gesteigert werden. Selbst die besondere deutsche „Verkaufsschwäche“ wird deutlich abgemildert.

22 Vgl. Th. Gensicke (Anm. 17). Dort haben wir diesen „konsumistischen Egotrip“ der jungen Leute unter anderem aus der Expansion des Privatfernsehens erklärt, das genau in dem Zeitraum zwischen 1990 und 1993 in einem ziemlich aggressiven Stil die Marktführerschaft übernahm, wobei die jungen Leute als Rezipienten die Trendsetter waren. Weitere Erklärungsfaktoren sind der Systemsieg des westlichen „Kapitalismus“ über den realen Sozialismus und der dramatische Niedergang des Ansehens der Politik.

23 Ob es auch zu einer Polarisierung zwischen zunehmendem Realismus auf der einen Seite und zunehmender Resignation auf der anderen kommen wird, muß hier offen gelassen werden. In unseren Daten gibt es leichte Anzeichen dafür, insbesondere wenn unsere Typologie so gebildet wird, daß sich die Wertetypen bezüglich des Items „Seine Bedürfnisse gegen andere durchsetzen“ entscheiden müssen (wie auch in der Tabelle 1 auf Seite 25 ausgewiesen).

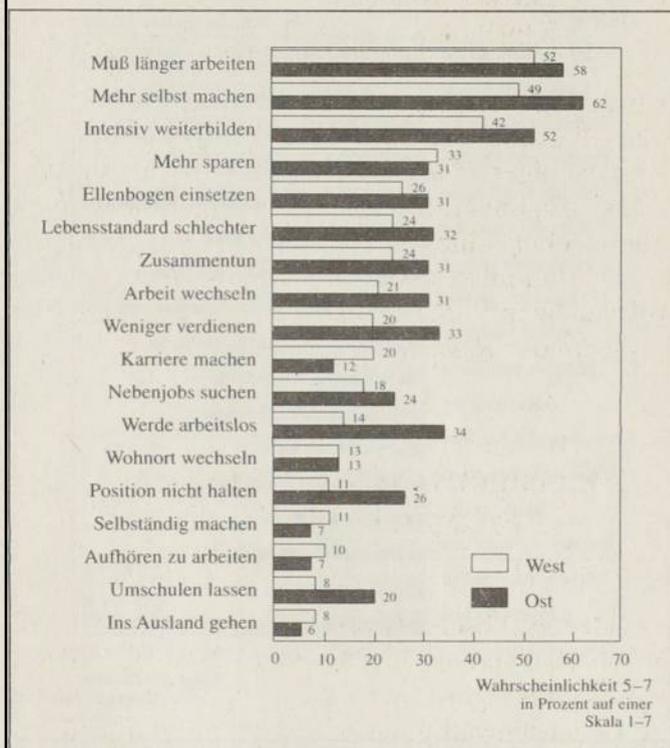
24 In Prozenten ausgedrückt (Zustimmungswerte 5 bis 7), sehen sich 48 Prozent der Westdeutschen und 44 Prozent der Ostdeutschen als gute „Selbst-Verkäufer“ an, wobei die Frage stark polarisiert, also den Zustimmungen auch viele Ablehnungen (31 Prozent West, 35 Prozent Ost) gegenüberstehen (und wenig „neutrale“ Meinungen). Konfliktstärke schreiben sich 63 Prozent West und 67 Prozent Ost zu; daß man sich selbst mit seinem Wissen und Können sehen lassen könne, meinen 74 Prozent der Westdeutschen und 77 Prozent der Ostdeutschen; ohne Angst sehen 72 Prozent der Westdeutschen und 76 Prozent der Ostdeutschen möglichen neuen Herausforderungen ins Auge; als bemüht, sich ständig zu verbessern, beschreiben sich 74 Prozent im Westen und sogar 82 Prozent im Osten. Als gute „Zusammenarbeiter“ bezeichnet sich die große Mehrheit der West- und Ostdeutschen (85 Prozent/89 Prozent).

Graphik 3: Persönlichkeitsstärke
Merkmale der Persönlichkeitsstärke bei High-Performern (alle und Realisten)



Quelle: Wertesurvey 1997.

Graphik 4: Erwartungen
Was man für die nächsten 5 Jahre für sich selbst erwartet



Quelle: Wertesurvey 1997.

VI. Eigenverantwortung und Verhalten

Ein letzter empirischer Test soll sich nun mit besonders realitätsnahen und spezifischen *Verhaltensdispositionen* beschäftigen, die einer beruflich und regional flexiblen Informationsgesellschaft entsprechen (sollten). In unserem Wertesurvey haben wir nach den *persönlichen Erwartungen* für die nächsten fünf Jahre gefragt und dabei eine Vielzahl von *Flexibilitätskategorien* vorgegeben. Die Befragten sollten entweder angeben, für wie wahrscheinlich sie das Eintreten bestimmter Ereignisse für sich selbst ansehen oder für wie wahrscheinlich sie ein bestimmtes eigenes Verhalten halten. Die Frage bezog sich also sowohl auf die mögliche *Betroffenheit* (zum Beispiel von Arbeitslosigkeit, Lebensstandardsverlust) als auch auf die mögliche *Aktivitäten* (zum Beispiel Weiterbildung oder Stellenwechsel als potentielle „Vorsorge“ gegen Arbeitslosigkeit).

Graphik 4: „Erwartungen“ zeigt nun die jeweiligen Prozentsätze sowohl der erwarteten eigenen Betroffenheit als auch der erwarteten eigenen Aktivitäten. An der Spitze der „Betroffenheiten“ steht mehrheitlich die Erwartung, „in seinem Beruf länger arbeiten zu müssen“. Dem folgt die

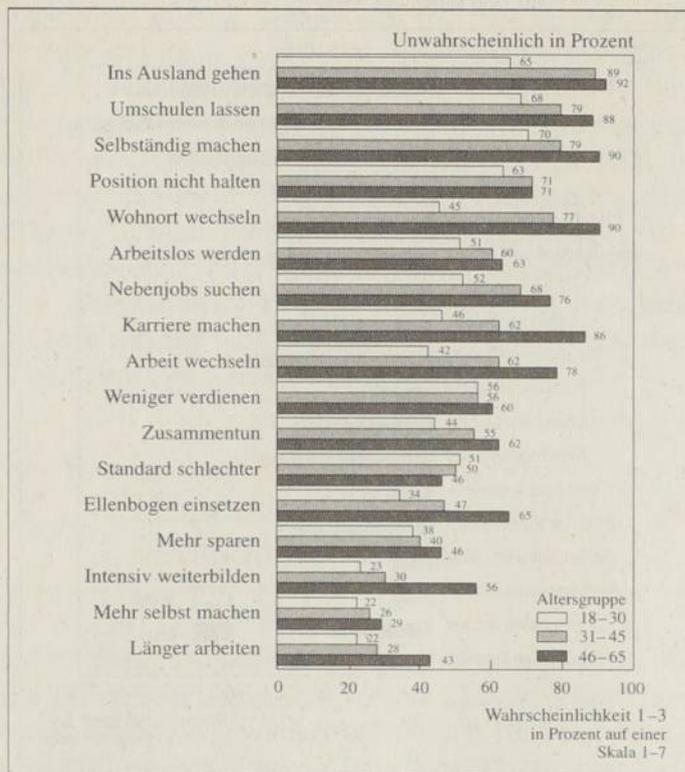
„Do-it-yourself“-Aktivität: „Ich werde mehr Dinge selbst machen, um Geld zu sparen.“ An dritter Stelle steht Weiterbildung. 42 Prozent der Westdeutschen und sogar 52 Prozent der Ostdeutschen gehen für die nächsten fünf Jahre davon aus, „sich intensiv weiterzubilden“.

In den neuen Ländern geht bei zirka einem Drittel der Erwerbsbevölkerung die Angst vor Arbeitslosigkeit und Verdienstverlust um, ein weiteres Drittel befürchtet Lebensstandardsverluste, ein Viertel, die berufliche Position nicht halten zu können. „Negative Flexibilität“ ist also besonders ein Thema in Ostdeutschland, wobei allerdings auch in Westdeutschland nennenswerte Prozentsätze zusammenkommen. Auch Umschulung und Arbeitsstellenwechsel werden in den neuen Ländern für wahrscheinlicher gehalten als in den alten.

Der Gang in die berufliche *Selbständigkeit* und regionale wie internationale *Mobilität* wird in Ost- und Westdeutschland nur von wenigen Befragten ernsthaft erwogen. Flexibilität heißt also im Deutschland des Jahres 1997 „Do-it-yourself“-Einstellung, Weiterbildungsbereitschaft und Sparsamkeit, läßt an Nebenjobs denken, an das „Zusammentun“ mit anderen (die ähnliche Probleme haben) oder gar an den stärkeren Einsatz der Ellenbogen. Viel weniger ins Kalkül gezogen wird dagegen die Flexibilität des Ortswechsels oder des

Graphik 5: Erwartungen

Was in den nächsten 5 Jahren unwahrscheinlich ist



Quelle: Wertesurvey 1997.

Ausstieg aus dem deutschen – weitgehend von der Abhängigkeit von Arbeitgebern bestimmten und an den Sozialstaat angekoppelten – Berufssystem.

Bekommen also diejenigen, die eine unflexible deutsche Sicherheitsmentalität beklagen, auf der Ebene der *Verhaltensdispositionen* doch recht? Tatsächlich verweisen die verhaltensnahen Daten auf eine für den „Liberalen“ enttäuschende Angepaßtheit der deutschen Verhaltensroutinen an das sicherheitsorientierte und wenig flexible deutsche Gesellschafts- und Sozialsystem. Doch diese Angepaßtheit steht „dialektisch“ den aufgezeigten Potentialen der deutschen Mentalität gegenüber.

Im Moment resultiert aus diesem Verhältnis der Kräfte der *Beharrung* und der Kräfte der *Veränderung* zumindest eine starke Bereitschaft zu „intensiver Weiterbildung“. Geht man davon aus, daß die Kräfte der Beharrung bei jüngeren Menschen – aufgrund des *Lebenszyklus* naturgemäß und aufgrund des *Wertewandels* säkular – schwächer und die Flexibilität höher sein sollten, dann müßte sich das auch in den verhaltensnahen Indikatoren zeigen.

In der Tat besteht die größte Differenz zwischen der jüngsten Gruppe der 18- bis 30jährigen und dem deutschen Durchschnitt bei der regionalen Mobilität. Graphik 5 zeigt, daß zum Beispiel die Gruppe der 46- bis 65jährigen zu 90 Prozent einen

Wohnortwechsel in den nächsten fünf Jahren eindeutig ausschließt, die Gruppe der 31- bis 45jährigen immer noch zu 77 Prozent, die jüngste Gruppe der 18- bis 30jährigen jedoch nur zu 45 Prozent. Immerhin 35 Prozent der jüngsten Gruppe schließt es zumindest nicht aus, in den nächsten Jahren ins Ausland zu gehen. Die Jungen geben sich auch beruflich flexibler: 30 Prozent schließen den Gang in die Selbständigkeit nicht aus, 48 Prozent das Suchen von Nebenjobs, 58 Prozent einen Arbeitsstellenwechsel. Intensive Weiterbildung ist für 77 Prozent der jungen Leute ein Thema, wobei auch die 31- bis 45jährigen mit 70 Prozent einen guten Wert erreichen (und die 46- bis 65jährigen mit 44 Prozent einen ziemlich schwachen). Die letzte Gruppe geht auch weniger von längeren Arbeitszeiten aus.

In allen Altersgruppen rechnet man in ähnlicher Weise mit Lebensstandardseinbußen und reagiert mit der „Do-it-yourself“-Einstellung („Mehr selbst machen“) und mit der (mäßigen) Betonung von Sparsamkeit. Bei den jüngeren Deutschen wird mehr und mehr auch eine „Ellenbogen“-Einstellung eingenommen, und es wird eher erwogen, sich im Zweifelsfall mit anderen zusammenzutun.

Festzuhalten gilt, daß die Altersvariable ungleich deutlichere Auswirkungen auf die Verhaltensflexibilität hat als andere sozialstrukturelle Merkmale (Schichtung, Bildung, Geschlecht), aber auch als die Werte (Eigenverantwortung, Selbstentfaltung) und die Persönlichkeitsstärke (wobei allerdings Werte und Persönlichkeitsstärke wiederum mehr erklären als die Sozialstruktur – außer dem Alter). Jugendlichkeit ist offensichtlich durch den anderen zeitlichen Lebenshorizont und die geringere räumliche Bindung der entscheidende praktische Impulsgeber, der Verhaltensstarre aufbricht oder gar nicht erst entstehen läßt.

VII. Junge Wertetypen und Verhaltensflexibilität

In einem letzten Schritt wollen wir die Altersvariable mit der WertevARIABLE verbinden, um zu testen, ob in der jugendlich-flexibleren Altersgruppe der 18- bis 30jährigen die Zugehörigkeit zu einem Wertetypus die Ausprägung von Flexibilität und Mobilität bestimmen (und zwar in quantitativer und qualitativer Hinsicht).

Wie Tabelle 2 zeigt, die die 18- bis 30jährigen gesamtdeutsch in die bereits zitierten Wertetypen aufteilt, ist das in deutlichem Maße der Fall. Die Zugehörigkeit nach Wertetypus produziert auch in

Tabelle 2: Flexibilitätsindikatoren und bürgerschaftliches Engagement nach Wertetypen (18- bis 30jährige)

	Konvention- tionalisten	Resi- gnierte	Rea- listen	Hedomats	Idea- listen	
<i>Was man für sich für die nächsten 5 Jahre erwartet:</i>						
Werde Karriere machen	-----	-----	+	+		
Sich intensiv weiterbilden		----	++			
Muß im Beruf länger arbeiten		----	++		-	
Mehr selbst machen, Geld sparen	+++	----	++	-	-	
Wohnort wechseln	-----	----	-	+	+++++	
Sich selbständig machen	-----	----		++	+	
Mit anderen zusammentun	-	----	+			
Seine Ellenbogen einsetzen	-	----	+	++	-	
Arbeit wechseln	++	--	-	+	++	
Sich Nebenjobs suchen	-----	--				
Sich umschulen lassen	-	-		+	+	
Ins Ausland gehen	-----		-		+++	
Weniger konsumieren, mehr sparen	++		+	-		
Werde arbeitslos	+		-			
Lebensstandard wird schlechter			-			
Werde weniger verdienen		+		-	+	
Kann Position nicht halten	++	+	-		-	
<i>Bürgerschaftliches (freiwilliges, unentgeltliches) Engagement in Prozent 18-30 J.</i>						
Engagement vorhanden	38	21	40	37	32	52
Es besteht Interesse	41	47	31	46	41	38
Kein Interesse	21	32	29	17	27	10

Quelle: Wertesurvey 1997. Jeweils ein Plus- bzw. Minuszeichen bedeuten Abweichungen von 0.2 Skalenpunkten auf einer 7er-Skala von 1- „ist ganz ausgeschlossen“ bis 7- „ist ganz sicher“.

der jüngsten Gruppe flexiblere und unflexiblere Verhaltensstile und typische Muster dieser Stile.

Als besonders unflexibel erweist sich die Gruppe der jugendlichen Resignierten und auch die kleine „Restgruppe“ der jungen Konventionalisten. *Konventionalisten* sind besonders *immobil*; Karriere, Wohnortwechsel und Selbständigkeit werden kategorisch ausgeschlossen. Das hat auch damit zu tun, daß junge Konventionalisten zu über 70 Prozent weiblich sowie zu einem hohen Anteil bereits verheiratet sind (46 Prozent) und Kinder haben (45 Prozent unter 6 Jahren). Auf (möglichen) Arbeitsplatz- und Lebensstandardsverlust reagieren sie, indem sie mehr selber machen, weniger konsumieren und stärker sparen bzw. eventuell die Arbeit wechseln wollen.

Die bedeutend größere Gruppe der *Resignierten* ist besonders *passiv*; Weiterbildung und Arbeitswechsel kommen nicht in Frage, obwohl befürchtet wird, in Zukunft weniger zu verdienen und die berufliche Position nicht halten zu können (Resignierte haben die höchste Berufstätigkeitsquote!). Angehörige dieser Gruppe haben allerdings auch nicht vor, ihre Ellenbogen einzusetzen oder sich im Zweifelsfall mit anderen zusammenzutun.

Realisten sind in vielen Punkten das klare Gegenstück zu den Resignierten. Sie sehen die Notwen-

digkeit von intensiver *Weiterbildung* und größerer zeitlicher Investition in den Beruf, um die eigene Karriere zu sichern. Stärker als andere erwägen *Realisten* auch, sich mit anderen zusammenzutun. *Realisten*, die starke konventionelle Werte aufweisen, zeigen auch eine Neigung zu konventionellen Aktivitäten, wie zur Sparsamkeit und zum „Selbermachen“. Sie weisen bereits eine leichte Immobilität auf, Wohnortwechsel und der Wechsel ins Ausland werden eher abgelehnt (wenn auch viel schwächer als von Konventionalisten und Resignierten). Das scheint an einer (beginnenden) „Verwurzelung“ der jüngeren *Realisten* zu liegen, die bereits eine recht gute berufliche Position erreicht haben und daher weniger mit Arbeitslosigkeit, Positions- und Lebensstandardsverlusten rechnen (dem entspricht auch eine hohe sozioökonomische und allgemeine Zufriedenheit). Die robust individualistische Komponente der *Realisten* deutet sich in der etwas erhöhten Neigung an, in der Zukunft eventuell auch die Ellenbogen einzusetzen zu wollen.

Deutlicher zum Vorschein kommt die Tendenz zum „Ellenbogen-Individualismus“ (die bei den *Realisten* durch konventionelle und idealistische Werte gedämpft und kanalisiert wird) bei den *Hedo-Materialisten (Hedomats)*, die ähnlich wie die *Realisten* auch mit einer „Karriere“ rechnen.

Hedomats (zu 60 Prozent Männer, zu 80 Prozent Ledige) sind *mobiler* als Realisten; sie gehen eher von einem Wohnorts- und Arbeitsstellenwechsel aus (eventuell auch von Umschulung). Der Gang in die *Selbständigkeit* wird besonders stark erwogen. Dabei haben die Hedomats bereits die höchste Quote an Selbständigen und stammen auch überdurchschnittlich häufig aus Selbständigenhaushalten. Entsprechend ihrem hedonistischen und materialistischen Profil lehnen sie Konsumverzicht oder Selbstproduktion zum Zwecke des Sparens eher ab, wobei sie allerdings auch nicht davon ausgehen, in Zukunft Verdienstverluste zu erleiden.

Der *räumlich flexibelste* Typ sind die Idealisten. Wohnortwechsel und der Wechsel ins Ausland werden viel öfter erwogen als bei den anderen Wertetypen. Tendenziell wird hier die deutsche räumliche Immobilitätskultur durchbrochen. Dazu tragen sowohl der hohe Bildungsstand der Idealisten (46 Prozent Abitur), als auch ihr europäisches und weltbürgerliches Selbstverständnis bei. Idealisten kalkulieren für die Zukunft eher Verdienstverluste als längere Arbeitszeiten ein. Arbeitsstellenwechsel, Umschulung und den Gang in die Selbständigkeit schließen sie nicht aus.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Altersvariable liefert klare Hinweise darauf, daß die deutsche Sicherheits- und Stabilitätskultur auf der verhaltensnahen Ebene zumindest einer deutlichen *Aufweichung* unterliegt. Dabei wirken die gewandelten Werte kräftig mit, allerdings mit unterschiedlichen Konsequenzen. Wo sich der Wandel eher als eine Anreicherung der konventionellen Werte mit modernen Selbstentfaltungswerten vollzieht – wie bei den Realisten –, erleben wir im

Moment eher eine flexible und konsequente Chancennutzung innerhalb des „normalen“ sozialen Verhaltensrepertoires.

Bei den Hedomats dagegen beobachten wir eher eine Aufweichung von der robust-individualistischen Seite her, wobei Tendenzen zum Egoismus und zur Regelübertretung auftreten können. Die Idealisten durchbrechen vor allem die regionale und internationale Immobilität des deutschen Standortes. Sie sind außerdem in vielfältigen Zusammenhängen freiwillig engagiert und vernetzt. Bürgerschaftliches Engagement wird bereits zu 52 Prozent ausgeübt (vgl. Tabelle 2)²⁵.

Die Entwicklung der Gruppe der *Resignierten* stellt dagegen – neben der „Kontrolle“ eventueller destruktiver Tendenzen in der Gruppe der Hedomats – ein Problempotential der weiteren „robusten“ und „flexiblen“ Modernisierung in Deutschland dar, und zwar sowohl aufgrund von deren tiefgreifendem fatalistischem und passivem Profil als auch aufgrund der Ungewißheit der weiteren quantitativen Entwicklung der Resignierten. Sie kommen am ehesten als Rekrutierungspotential einer sich möglicherweise in Zukunft herausbildenden Gruppe der „working poor“ in Frage²⁶.

25 Zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ vgl. Helmut Klages, *Motive des Bürgerengagements – Trends für die Bundesrepublik Deutschland*, in: KGST-Sonderinfo 1 (43), Köln 1998; Helmut Klages/Thomas Gensicke, *Bürgerschaftliches Engagement im Ost-West-Vergleich*, in: Heiner Meulemann (Hrsg.), *Die innere Mauer – eine Herausforderung an die Wertewandels-Forschung nach der deutschen Wiedervereinigung*, Opladen 1998 (i. E.).

26 Es fällt allerdings auf, daß sich von den jungen Resignierten immerhin 40 Prozent bürgerschaftlich engagieren, also zumindest bei einem Teil durchaus eine gewisse Aktivität vorhanden ist.

Franz-Xaver Kaufmann: Globalisierung und Gesellschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/98, S. 3–10

Mit dem Schlag- und Modewort „Globalisierung“ werden unterschiedliche Prozesse bezeichnet: die wachsende Interdependenz der Welt (Globalisierung i. e. S.), der Wirkungsverlust nationaler Grenzen (Internationalisierung) und das Entstehen von staatlicherseits nicht kontrollierbaren Akteuren und Handlungsebenen (Transnationalisierung). Diese Prozesse wirken zusammen und beeinträchtigen die vorherrschende Identifikation von Nationalstaat und Gesellschaft. Dennoch verschwindet der Nationalstaat nicht als zentrale Ebene der Zurechnung politischer Entscheidungen, er verliert jedoch an Autonomie und sieht sich im Interesse seiner Erhaltung zu Souveränitätsverzicht genötigt.

Viele der skizzierten Entwicklungen stehen in historischer Kontinuität zu den seit dem Hochmittelalter beobachtbaren Entwicklungen komplexerer und dynamischer Muster sozialer Ordnung. Neu ist dagegen der Autonomiegewinn der Finanzmärkte, deren Transaktionen sich zunehmend staatlicher Kontrolle und Besteuerung entziehen, ja die selbst zur Kontrollinstanz staatlicher Wirtschaftspolitik werden.

Globalisierung führt nicht notwendigerweise zur Erosion von Solidarität, sondern zu einer Differenzierung der Solidaritätshorizonte. „Gesellschaft“ als scheinbar einheitlicher und gemeinsamer Horizont von Handlungsmöglichkeiten löst sich auf, nicht aber das menschliche Zusammenleben. Die unterschiedliche Reichweite von verschiedenen Sektoren menschlichen Zusammenlebens wird bewußtseinsfähig. Örtliche, regionale, nationale und transnationale Bezüge treten stärker auseinander. Soll die daraus resultierende Multiplizierung der Solidaritätshorizonte nicht zu blockierenden Entwicklungen führen, so ist eine bewußte Entkoppelung verschiedener politischer Zuständigkeits-ebenen anzustreben, d. h., die „Politikverflechtung“ muß reduziert werden.

Thomas Bulmann: Plurale Vorsorge. Die Zukunft der sozialen Sicherheit

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/98, S. 11–18

Der deutsche Sozialstaat ist in den neunziger Jahren an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit geraten. Die Sozialpolitik hat es bisher nicht vermocht, die Systeme der sozialen Sicherung umfassend zu modernisieren. Reformdruck und Reformstau lösen bei den Bürgern Verunsicherung und Vertrauensverlust aus.

Eine zukünftige Perspektive der sozialen Sicherung könnte darin bestehen, die zum Teil existierende Vielfalt der Versorgungsleistungen auszubauen und gleichzeitig tragfähige Strategien einer pluralen Vorsorge zu entwickeln. „Plurale Vorsorge“ meint, daß die Bürger eine Vielfalt von Aktivitäten zur Risikovorsorge entwickeln und dabei verstärkt auf die Angebote von Unternehmen, freiwilligen Assoziationen und privaten Netzwerken zurückgreifen. Plurale Vorsorge setzt diese Vielfalt der Angebote voraus, realisiert wird sie jedoch erst auf der Nachfrageseite. Damit kommen unterschiedliche Ansprüche an Versorgungsniveaus und spezifische Bedürfnisse nach Sicherheit ebenso zum Tragen wie individuelle Zugangschancen.

Der Abbau von Sozialleistungen und die damit einhergehende Individualisierung der Risikovorsorge bringen gesellschaftliche Veränderungen mit sich, die weit über die Problematik der sozialen Sicherung hinausreichen. Die plurale Vorsorge eröffnet neue Perspektiven der sozialen Sicherung und hält sowohl Chancen als auch Risiken bereit. Einige der Konfliktfelder zeichnen sich bereits heute ab. Auf der Mikroebene der Individuen geht es dabei um Chancenungleichheiten: Pluralisierung der Risikovorsorge verspricht Autonomie, Effizienz und Flexibilität für die einen und bedroht andere mit neuer Abhängigkeit, Ineffizienz und Unterversorgung. Auf der Ebene der Institutionen geht es um die ambivalenten Folgen der Verringerung sozialstaatlicher Leistungen für die Systeme der sozialen Sicherung: „Systemerhalt durch Entlastung“ auf der einen Seite und „Legitimitätsverlust durch Sozialabbau“ auf der anderen Seite. Auf der Makroebene geht es um die Integrationsfähigkeit des Sozialstaates und die mit der Individualisierung der Vorsorge verbundenen Risiken des sozialen Ausschlusses (Exklusion) und die sich eröffnenden Chancen der sozialen Teilhabe (Inklusion).

Thomas Gensicke: Sind die Deutschen reformscheu? Potentiale der Eigenverantwortung in Deutschland

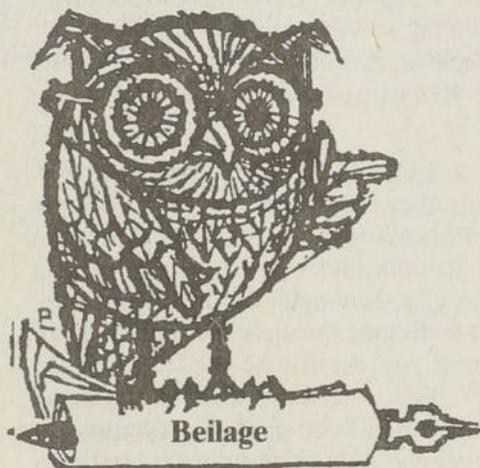
Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/98, S. 19–30

Auf Basis unserer Analyse der deutschen Mentalität anhand von Werten und Verhaltensdispositionen kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Deutschen durchaus die psychische Flexibilität besitzen, um mit den sich ändernden Anforderungen des unter Modernisierungsdruck stehenden Standortes Deutschland zurechtzukommen. Allerdings ist das praktische Verhalten, sind die Verhaltensroutinen in bestimmten Punkten noch stark vom bisherigen „Modell Deutschland“ bestimmt. Die traditionellen Verhaltensmuster werden jedoch durch die junge Generation bereits „spontan“ durchbrochen, wobei der Wertewandel als Impulsgeber eine wichtige Rolle spielt.

Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem
Inhaltsverzeichnis
Sach- und Personenregister



25,- DM

Jahrgang 1997

Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.): Jahrgänge: 1992 – 1996

Erscheinungstermin Jahrgang 1997: Mai 1998



Bundeszentrale
für politische
Bildung

Bestell-
Adresse:

Das Parlament,

Fleischstraße 62–65.

Telefax (06 51) 97 99-153

Vertriebsabteilung
54290 Trier